

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

287 (9.12.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkasseler 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Typalt. Kolonietzte od. deren Raum 80 S., Stellenan- u. -M. zugänglich 80 % Feuerungszuschlag; Fotoanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 9 vorm., für groß Aufträge nachm. zuvor.

Die bevorstehende Antwort der Entente.

Paris, 8. Dez. Das „Petit Journal“ hält es für wahrscheinlich, daß Dutasta heute abend persönlich die Note an Deutschland an Herrn v. Lersner übergeben wird. Das Blatt sagt bei, daß die alliierten Regierungen Deutschland ausfordern werden, sich offiziell zu verpflichten, unverzüglich das Protokoll zu unterzeichnen und technische Experten zu schicken, um die Modalitäten der Ausführung des Vertrags festzusetzen. Die Note verlangt von Deutschland die Unterzeichnung ohne Diskussion; sie schließt jede Möglichkeit neuer Verhandlungen aus. Die Sanktionen, die Deutschland im Weigerungsfalle drohen, sind dem Blatte zufolge folgenschwer. Es handelt sich nicht um die Besetzung einer Stadt oder eines begrenzten Gebietes, sondern um das Ausschließen des Waffenstillstandes nach dreitägiger Voranzeige. Daraus ergibt sich die Rückkehr zum Kriegszustand mit voller Aktionsfreiheit für unsere militärischen Führer und somit die automatische Wiederherstellung der Diktate. Das Blatt schließt, daß die Berliner Politiker die Gefahr erkennen und bemessensprechend beschließen werden.

Der „Petit Journal“ bestätigt die Meldung des „Welt Journal“, daß es aber für nicht wahrscheinlich, daß die Note heute übergeben wird.

Der Oberste Rat hält heute in der Angelegenheit der Note eine weitere Sitzung ab.

Sitzung des Fünferates.

Paris, 8. Dez. Nach der getrigen Sitzung des Fünferates traten die Delegierten der fünf Großmächte zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der der Text der Antwort auf die Mitteilung festgelegt wurde, die der Führer der deutschen Delegation Herr v. Lersner am vergangenen Montag in Betreff des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag von Versailles dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta gemacht hat. Der Beratung wohnten gestern weder Marschall Foch noch Marschall Wilson bei.

Auflösung des Fünferates.

Paris, 8. Dez. Die Abreise der amerikanischen Friedensdelegation ist nun beschlossen. Wie „Petit Journal“ und „Echo de Paris“ verifizieren, hat das Staatsdepartement Herrn Hall und dessen Kollegen den Auftrag erteilt, sich am kommenden Mittwoch nach Neuwerk einzuschiffen. Man glaubt in diesen Kreisen, daß durch die Abreise der amerikanischen Friedensdelegierten der Fünferat als aufgelöst zu betrachten sei und daß in absehbarer Zeit an seiner Stelle eine Vorkonferenz treten werde. Der Frieden mit Ungarn wird jedenfalls noch vom Fünferat, der inzwischen Viererrat geworden sein wird, erledigt werden.

Annunzio erhält Verstärkung durch Regierungstruppen.

Berlin, 8. Dez. (Privatmeldung.) Einer Luganomeldung des „L.“ zufolge wird amtlich mitgeteilt, daß die italienischen Truppen heute früh im Einvernehmen mit Annunzio in Fiume eingezogen sind. Die Truppen Annunzios verbrüderten sich mit den Regierungstruppen. In Italien wurde die Nachricht mit Begeisterung aufgenommen.

Siebenter Sowjetkongreß.

Amsterdam, 6. Dez. Wie „Telegraaf“ meldet, bringt ein drahtloses Telegramm aus Moskau eine offizielle Mitteilung über den demnächst in Moskau stattfindenden Sowjetkongreß. Darin heißt es: Der siebente Sowjetkongreß tritt in einem Augenblick zusammen, in dem das rote Meer auf allen Fronten Erfolge davonträgt und infolge der Vernichtung aller unserer Feinde der Bürgerkrieg seinem Ende entgegengeht. Die Entente denkt an einen Waffenstillstand mit Sowjet-Rußland. Wir werden Frieden schließen, aber unter der Bedingung, daß die Entente sich nicht in unsere Angelegenheiten einmischt. Wir sind bereit, Zugeständnisse zu machen, werden aber keinen Frieden unterzeichnen, durch den wir untergraben werden. Die Regierung der Bauern und Arbeiter ist und wird stets die einzige Gewalt in dem arbeitenden Rußland sein.

Eröffnung der französischen Kammer.

Paris, 8. Dez. Die neugewählte französische Kammer ist heute nachmittag zusammengetreten. Den Vorsitz führte der Alterspräsident Siegfried. Die elsass-lothringischen Abgeordneten hielten, nach der Eröffnung in corpore ihren Einzug, bei dem sich sämtliche Abgeordnete erhoben und ihnen Beifall klatschten. In feiner Begrüßungsansprache feierte der Alterspräsident die Rückkehr von Vertretern von Elsaß-Lothringen in die Kammer als Kennzeichen einer

neuen Ära in der Geschichte Frankreichs. Der Präsident forderte alsdann zur Arbeit auf allen Gebieten auf. Um soziale Fortschritte zu erzielen, sei die Mitarbeit der Frauen notwendig. Er hoffe, daß auch der Senat, dem Beispiele der Kammer folgend, für das Frauenstimmrecht eintreten werde.

Darauf verlas namens der elsass-lothringischen Abgeordneten Dr. Francois eine längere Erklärung, in der er auf den feierlichen Protest der Elsässer und Lothringer gegen die Abtretung der beiden Provinzen in der Nationalversammlung von Bordeaux am 17. Februar 1871 hinwies. Schon damals hätten die Abgeordneten verkünden müssen, daß der Friedensvertrag von 1871 null und nichtig sei. Sie hätten geschworen, für sich, ihre Kinder und Nachkommen, daß sie das Recht der Elsässer und Lothringer, Mitglieder der französischen Nation zu bleiben, bei jedem unrechtmäßig von ihrem Lande Besitz Ergreifenden stets geltend machen würden. Jetzt schrieben die elsass-lothringischen Abgeordneten die Rette der historischen Traditionen wieder zusammen. Jetzt, wo sie ihre Sitze in der französischen Kammer wieder aufnehmen, geben sie Deutschland und der ganzen Welt erneut zu verstehen, daß Elsaß und Lothringen niemals aufgegeben haben, mit dem ganzen Herzen zur französischen Familie zu gehören, und daß sie tiefste Befriedigung empfinden, jetzt wieder zu ihr zurückzukehren. Nicht mit Unrecht hätte Deutschland im Jahre 1918 eine Reichsabstimmung in Elsaß-Lothringen gefordert. Jetzt hätte die neue Bahn betreten, daß Deutschland auf keinen Fall mehr ein Recht habe, die Gebiete, die es kraft des Eroberungsrechts inne hatte, zurückzuverlangen. Die Erklärung schließt mit dem Danke an die französische Nation und die Alliierten für die zur Befreiung der beiden Provinzen gebrachten Opfer.

Im Namen der Regierung begrüßte sodann Ministerpräsident Clemenceau die Brüder von Elsaß und Lothringen. Der Zufall wollte es, daß er als letzter überlebender Protokollführer von Bordeaux heute dazu bestimmt sei, ein heißes Willkommen auszusprechen. Clemenceau erinnerte weiter an die notwendige Organisation des Friedens, der folgen müsse. Er sagte u. a.: Wenn wir etwas anderes sein wollen, als Zuschauer, müssen wir beherzt in die Zukunft blicken. Das Wort wartet nur auf den Arbeiter. Man muß sich befehlen ohne Verzug, denn Frankreich ist wieder aufzubauen.

Für die Sozialisten verlas Albert Thomas eine kurze Erklärung, in der er namens der arbeitenden Bevölkerung von Elsaß-Lothringen zum Ausdruck brachte, daß auch sie die Desamnerion als eine Befreiung ansehe. Die sozialistische Partei von Elsaß und Lothringen trete entschlossen und ohne Hinterhalt in die französische Gesellschaft ein. Gegen die Erklärung von Thomas erhoben sich zahlreiche Protestler. (Anmerkung der Red.: Gegen was sich dieser Protest gerichtet hat, ist aus dem uns vorliegenden Meldung nicht ersichtlich.)

Abermalige Einschränkung des Personenverkehrs.

Karlsruhe, 8. Dez. Wegen unzureichender Zufuhr von Eisenbahnmaterialien ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß binnen kurzem abermal eine weitere Einschränkung im Personenverkehr auf den badischen Bahnen vorgenommen werden muß, damit der für die Bedürfnisse des Landes unbedingt notwendige Güterverkehr wenigstens in beschränktem Umfang aufrechterhalten werden kann. Dringende Vorstellungen wegen besserer Versorgung der badischen Staatsbahnen mit Kohlen sind bei den maßgebenden Stellen bereits erhoben worden.

Die Ausfuhr nach der Schweiz gesperrt.

Karlsruhe, 8. Dez. In die Bezirksämter der Grenzbezirke ist seitens des badischen Ministeriums des Innern telegraphisch die folgende Anweisung ergangen: Die Ausfuhr von Möbeln, Glas, Porzellan und Steingutwaren, Haushaltungsgegenständen, Gegenständen des täglichen Bedarfs, landwirtschaftlichen Gebrauchsartikeln aller Art, die von Herden, Eisenwaren, Felleidungsgegenständen, Stoffen, Schuhen und laumännischen Geschäften aus dem Lande nach der Schweiz wird hiermit mit sofortiger Wirkung verboten. Das Verbot erstreckt sich auch auf die Ausfuhr im Kleinen Grenzverkehr. Die Ausfuhr darf künftig nur mit Bewilligung des Beauftragten des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Karlsruhe erfolgen.

Um die vollständige Ausblünderung unserer Landes hinsichtlich der in Frage stehenden Gegenstände zu verhindern, ist vorstehende Maßnahme geboten.

Mordprozeß Lindner.

(Das Attentat im bayerischen Landtag.)

München, 8. Dezember 1919. Vor dem Volksgericht gelangt heute Dienstag nach mehrmaligen Vertagungen der Mordprozeß gegen den 32jährigen Metzger Alois Lindner zur Verhandlung, der der Urheber des Attentats im bayerischen Landtag auf Minister Auer ist, bei welchem Auer schwer verletzt, der Zentrumskandidat Josef sowie Ministerpräsident Jandl getötet wurden. Die Anklage lautet auf Mord und versuchten Mord. Die Verteidigung gegen Lindner führt der Münchener Rechtsanwalt Sauter, einer der Hauptverteidiger in den beiden Weiselmordprozessen. Die Auslieferung Lindners aus Oesterreich erfolgte aber nur unter der Bedingung, daß die Todesstrafe gemäß den österreichischen Gesetzesbestimmungen nicht vollstreckt werden dürfe. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Vorentwurf einer badischen Gemeindeverordnung.

gr. Wenn auch nicht gerade mit besonderer Schnelligkeit, so doch mit ernsthaftem Streben, bemühen sich die deutschen Regierungen, aus der ihnen übergebenen Konfusionsmasse einen neuen Volksstaat aufzubauen. Langsam schiebt sich ein Stein zum andern. So entsteht in Baden, nachdem mit der Verfassung das Rohgerüst vollendet, jetzt in allmählichem Aufbau eine neue Gemeindeordnung, die dazu bestimmt ist, als ein vorbildliches Werk freier Selbsterhaltung unserm Völklein neue Kräfte zuzuführen. Als Resultat der Arbeit von Vertretern der Regierung, der Gemeinden und der Mehrheitsparteien, ist nunmehr ein „Vorentwurf der badischen Gemeindeordnung“ erschienen, der den Verbänden der badischen Gemeinden zur Stellungnahme vorliegt, um nach dieser weiteren Ergänzung dem Landtage als Entwurf vorgelegt zu werden. Bis zum Erscheinen des eigentlichen Entwurfs seien deshalb eingehend einige der wichtigsten Bestimmungen des Vorentwurfs mitgeteilt.

Zum Unterschied gegen früher fallen jetzt alle Gemeinden unter ein einziges Gesetz, wobei diese eingeteilt werden sollen a) in Gemeinden bis zu 200 Einwohnern (kleine Gemeinden), b) Gemeinden mit mehr als 200 bis 4000 Einwohnern (mittlere Gemeinden), c) Gemeinden mit mehr als 4000 bis 20000 Einwohnern (große Gemeinden), d) Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern (Städte), sowie die kleineren Städte, die bisher der Städteordnung unterstanden. Ueber die Vereinigung zweier oder mehrerer Gemeinden zu einer Gemeinde wird befohlen, daß sie in der Regel übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden und Staatsgenehmigung erfordert; gesonderte Beschlüsse der beteiligten Gemeinden durch Gesetz. Im Bereiche ihrer Gemarckung steht den Gemeinden die Ortspolizei zu. Das Ministerium des Innern kann einzelne Zweige der Ortspolizei ganz oder teilweise staatlichen Polizeistellen zuweisen, zu deren Kosten die Gemeinden nach Maßgabe geschichtlicher Regelung beizutragen haben. Die Geschäfte der Gesundheits-, Reinlichkeits-, Feuer-, Wohnungs- und Baupolizei müssen einer Stadt auf deren Verlangen überlassen bleiben. Die Gemeinden sind jedoch verpflichtet, die ihr von der vorgelegten Staatsbehörde erteilten Anweisungen zur Ausführung zu bringen. Städten können durch das Staatsministerium auch andere Geschäfte der inneren Staatsverwaltung für den Bereich ihrer Gemarckung übertragen werden. Bedeutungsvoll ist das Recht, daß sich behufs gemeinsamer Erfüllung einzelner Aufgaben Gemeinden zu Verbänden vereinigen können.

Wer auf der Gemarckung der Gemeinde seinen Wohnsitz hat, ist Gemeindeangehöriger und als solcher bei Erfüllung der Voraussetzungen zur Benützung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinden berechtigt und zur Teilnahme an den öffentlichen Lasten verpflichtet, wahlberechtigt ist hingegen im Einvernehmen mit dem Reichsgesetz jeder Deutsche, der das 20. Lebensjahr vollendet und am Wahltag sechs Monate in der Gemeinde seinen Wohnsitz hat, zur Wählbarkeit für ein Gemeinderat ist mindestens das 25. Lebensjahr erforderlich. Vertretung und Verwaltung führt der Gemeinderat; neben dem Gemeinderat besteht in mittleren und großen Gemeinden sowie den Städten ein Bürgerausschuß, der von den Wahlberechtigten gewählt wird, in den kleineren Gemeinden, die aus den Wahlberechtigten sich bildende Gemeindeversammlung. Die Bürgermeister und befohlenen Stadträte werden durch die Mitglieder des Bürgerausschusses, in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner von den Wahlberechtigten gewählt. In den Städten muß einer der Bürgermeister oder befohlenen Gemeinderäte die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Staatsdienst in einem deutschen Bundesstaat besitzen. Die sämtlichen Mitglieder des Gemeinderats und die Beamten der Gemeinde haben Anspruch auf Ersatz der ihnen infolge des Dienstes erwachsenen Aufwendungen. Der Bürgerausschuß besteht aus den Gemeindebeordneten und den Mitgliedern des Gemeinderats, wobei das Amt des Gemeindebeordneten vier Jahre dauert.

Aus den Funktionen des Bürgermeisters, der die Verwaltung leitet, ist zu erwähnen, daß er befugt sein soll, diejenigen einfacheren Geschäfte der laufenden Verwaltung, die in Anwendung bestimmter gesetzlicher oder gemeindlicher Normen sich wiederkehrend ergeben, selbst zu erledigen. Die Rechte der Gemeindebeordneten bringen die Einführung

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

gerung.
t einfindigen
21 a 36 qm,
Mühlbürger
Mühlbürger
Weingärten,
Weingärten,
Weingärten,
5. Nr. 2920,
Waldäder,
den 16. De
ratsgebäude
747
Notariat.
Gericht.
gerung.
Nr. 304
117 a.
19. Februar
bäude, Ma
am Notariat.
19. 8578
Gericht.
kauf.
Schleier. 59.
admittags
1239-12298
9299-14298
5290-16298
9701-21000
Sofen. 99.
admittags
8001-19400
0751-22100
3451-24900
6151-27500
8851-30500
er Durk.
mit beendet.
rd an die
kaufstellen
stleischarten
8579
a 9. Dez.
a Preisen
er von
kauf.
espreis.
8518
15r.
le +
mehr, wenn
nach Maß
s, auf seinen
Bruchteilens
band
e auch jedem
ist.
10. Dez.
e, Galthof
erster, den
3 Uhr, in
Muster vor-
en, bedend-
nd Muster
r, Kraus
er Befähigung
geitig streng
8588
Ordnung
r. 17, Tel. 518
beiter
Maschinen-
7 Tabellen.
legt jeden
n, fider die
Druckbänke
n. Es ent-
terwendung,
zu belegen
en v. Nahn-
der Perde-
dm. Herr
streck 738).
station im
methoden.
ch M. 6.50
8592

Schriftlicher Anfragen beim Gemeinderat, schriftliche Anträge, die von mindestens einem Drittel der Gemeindevorordneten ausgehen müssen, sowie das Recht, eine Meinungsäußerung der Gemeindevorordneten durch Abstimmung herbeizuführen. Einen Schritt von der Selbstverwaltung weg, bedeutet die Möglichkeit, daß auf Antrag des Ministeriums des Innern aus Gründen des öffentlichen Interesses durch Entschließung des Staatsministeriums der Bürgerausschuß einer Gemeinde aufgelöst werden kann.

Aus den Bestimmungen über den Gemeindehaushalt ist beachtlich, daß das Vermögen der Gemeinde in seinem Bestande unvermindert zu erhalten ist, wobei zum Vermögen alle Werte gehören, die nicht zum Verbrauch oder zur Deduktion laufender Ausgaben und Bedürfnisse (Wirtschaftsmittel) bestimmt sind. Zu erwähnen ist schließlich noch, daß der Allmengenutz in seinem Umfang nicht erweitert werden darf. Auch kann die Gemeinde, wenn ein gemeinwirtschaftliches Interesse vorliegt, die Abminderung — bei angemessener Vergütung an den Nutzungsberechtigten — durch Selbstbewirtschaftung oder Verpachtung der Grundstücke ausüben. Alles in allem ist der Vorentwurf eine brauchbare Unterlage für unsere Gemeindeordnung. Nach weiterer Umarbeitung und Verbesserungen werden wir wieder darauf zurückkommen.

Der Parteitag der U. S. P.

Leipzig, 8. Dezember.

In der Nachmittags-Sitzung polemisierte Koenen (Galle) gegen Cohn und Hilferding. Cohn habe sich selbst als Feind gegen den Vorstand der Partei vorgegeben. Hilferding habe früher Sozialisten auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie gewollt, jetzt sei er für die Diktatur des Proletariats. Der revolutionäre Druck der Massen habe nicht gefehlt, wie Hilferding behauptet habe. Die wissenschaftliche Ausbildung der Streikstrategie sei eine löbliche Aufgabe für die Parteiführer. Hilferding erklärte, die Einigung dürfe nicht an den kompromittierten Führern scheitern, kompromittierte Führer gebe es in allen Parteien. Eine Einigung könne nur auf der Grundlage des Aktionsprogramms erfolgen. Dr. Kurt Geiger fragte Cohn nach dem Ergebnis seiner Verhandlungen mit Scheidemann, dessen dortiger Versuch mit Hilferding ihn hätte warnen müssen. Geiger stehe nicht auf dem Boden des kriegerischen Aktionsprogramms. Die demokratische Republik sei das mächtigste Instrument der bürgerlichen Reaktion.

Lebedour, mit stürmischem Beifall begrüßt, sprach seine Begehrung über die Zustimmung beider Richtungen zu dem kriegerischen Aktionsprogramm aus. Cohn habe sich einen melodramatischen Abgang als Prophet der Einigung geschaffen. Die Einigung werde erzielt mit Hebertritt einzelner Mehrheitssozialisten ganzer Organisationen und durch den schließlichen Zusammenbruch der mehrheitlich sozialistischen Partei. Die Kommunisten seien ideal veranlagt, hätten aber durch ihren Austritt den linken Flügel der U. S. P. gelähmt. Im Dezember und Januar sei kein Unterschied zwischen der Politik der U. S. P. und der Kommunisten gewesen. Richtig sei die Gegnerschaft der Kommunisten gegen jede parlamentarische Betätigung. Sie selbst hätten auf dem ersten Nationalkongress eine parlamentarische Unfähigkeit bewiesen, wie er sie noch nicht erlebt habe, und sich von dem gerissenen parlamentarischen Schieber Leinert nach allen Regeln der Kunst einleiten lassen.

Crippien betonte in seinem Schlusswort: Wenn es in Deutschland jemand gelüsten sollte, die Kronen vom Pflaster wieder aufzuheben, so werde das lassenbewusste Proletariat auf dem Plan erscheinen. Sodann wurde einstimmig die Gründung von Crippiens Referat beschlossen und ferner eine Redaktionskommission, eine Programmkommission und eine Steuerkommission gewählt.

Es folgte eine Flut von persönlichen Bemerkungen.

Leipzig, 4. Dezember.

Vor Beginn der heutigen Verhandlung, die sich mit der Stellung der Partei zur Internationale beschäftigte, wurde nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, nach den beiden Referenten Hilferding, Berlin und Stöcker, Berlin noch Lebedour mit unbeschränkter Redezeit zu Wort kommen zu lassen.

Hilferding-Berlin führte aus, die ganze Haltung der U. S. P. während des Krieges sei ein Verstoß zur Internationale gewesen. Der Krieg habe gezeigt, daß ohne internationale

Einigung keine sozialistische Politik möglich sei. Die Revolution habe sich auf die besiegten Länder beschränkt, während die Kapitalisten aller Länder sich gegen die revolutionäre Sozialdemokratie zusammengelassen hätten. Deshalb sei die Wiederherstellung der Internationalen eine Notwendigkeit. Das wirklich internationale Ziel sei die Vereinigung der Sozialisten aller Länder. Hilferding legt eine Motion vor, in der die Einheit der Internationale zur Eroderung der politischen Macht und der Verwirklichung der sozialistischen Ziele durch die Diktatur des Proletariats gefordert wird. In ihr solle kein Platz sein für Parteien, die unter dem Deckmantel des Sozialismus sich mit dem Völkertum verbinden und gegenrevolutionäre Bestrebungen unterstützen. Die Parteileitung solle die Einberufung eines Kongresses aller auf revolutionärem Boden stehenden Parteien herbeiführen.

Stöcker-Berlin begründet als Gegenreferent eine Entschließung, die den Anschluß an die dritte Moskauer Internationale fordert und die Beschickung des Genfer Kongresses ablehnt. Die neue revolutionäre Internationale müsse entstehen auf dem Boden der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats und des Nationalismus.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung protestierte der Vorsitzende Lipinski gegen den Bericht des Göttinger Parteibüros, in dem der als Gast anwesende Dr. Fritz Adler, Wien wegen seiner Begrüßungsrede, die einem Verrat an der Revolution gleichkomme, heftig angegriffen wurde. Es wurde von bedauerlicher geistiger Armut, Mäße des Parteitag ohne scharfe Argumente heruntergereißt. Dr. Adler hatte in der neirigen großen Versammlung erklärt, daß man durch Anschluß an die dritte Internationale den Wiederaufbau der Internationale auf lange Zeit hinaus ausschließe, und damit beständigen Widerstand hervorzurufen.

Lebedour-Berlin begründet die von ihm vorgelegte Resolution in längeren sehr temperamentvollen, aber fast unverständlichen Ausführungen. Er lasse sich an revolutionärer Gesinnung von niemanden überbieten. Anfang November 1918 vor Ausbruch der Revolution, seien er und die revolutionären Berliner Metallarbeiter für sofortiges Vorkommen gewesen. Kamals hätten aber die Kommunisten für Aufhebung und für allmähliche Aktionen gestimmt. Der U. S. P. verbiete ihre Selbstachtung, bedingungslos der dritten Internationale beizutreten die sich als revolutionäre Wacklappen diskreditiert habe. Die U. S. P. würde sich das Kampfmittel der moralischen Entrüstung über die Unterdrückung durch die Massen selbst aus der Hand schlagen, wenn sie sich selbst im Terrorismus bekennen würde. Zum Schluß verlas Lebedour einen Protest russischer Kriegesgefangener, die ihren sofortigen Abtransport verlangten. Die Lebedour'sche Resolution beauftragt die Parteileitung mit der Durchführung aller zur Aktion und zur Diktatur des Proletariats sich bekennenden revolutionären Organisationen. Die Vermittlung sollten die internationalen Jugendsozialisten übernehmen. Crippien legte dann die endgültige Fassung des Aktionsprogramms vor, das sich zur Aktion und zur Diktatur des Proletariats bekennend, die parlamentarische Tätigkeit aber als nicht zu heutzutage Kampfmittel aufzählt. Der Parteitag nahm das Aktionsprogramm einstimmig unter starkem Beifall an.

Leipzig, 6. Dez. Der außerordentliche Parteitag der U. S. P. wählte in die Zentralkommission als Vorsitzende Crippien und Baumig, als Sekretäre Dittmann, Zuse, Zieg, Kaebble, Koenen und Stöcker, ferner fünf Beisitzer. In den einstimmig angenommenen Entschließungen wird die Erwartung ausgesprochen, daß das öfterreichische Proletariat die Auslieferung Lewins aus Bayern verhindern wird, ferner die sofortige Abtransportierung der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegesgefangenen und der deutschen Kriegesgefangenen aus Frankreich sowie die schärfste Bekämpfung der antisemitischen und reaktionären Hetze durch das deutsche Proletariat verlangt. Der russischen Sowjetrepublik werden brüderliche Grüße entboten. Unter den zahlreichen der Parteileitung als Material bzw. zur Berücksichtigung überreichten Anträge befindet sich auch der, einen Aufruf an die internationale Arbeiterbewegung zu richten, die Waffen- und Munitionserzeugung zu verweigern.

Konferenz des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals.

Dieselbe tagte vom 29. November bis 8. Dezember in Freiburg. Die 2. H. im Gau Baden vorhandenen 18 000 Mitglieder waren durch 105 Delegierte (Arbeiter und Beamte) vertreten. Außerdem der Hauptvorstand (Sitz Nürnberg) durch 3 Mitglieder, der Gau Sachsen und Württemberg durch ihre Gauleiter, die Gauleiter selbst durch 3 Kollegen. Die Konferenz hatte eine sehr umfangreiche Arbeit zu bewältigen und beschäftigte sich hauptsächlich mit folgenden Punkten: Geschäfts-

bericht der Gauleitung, Vereinfachung der Eisenbahnen und Stellungnahme zum Abschluß eines neuen Lohnarbeits für das Arbeiterpersonal. Hauptvorstand Herrmann wies in seiner Begrüßungsansprache auf die besondere Bedeutung der Tagung hin, die darin bestünde, daß sie im Zeichen der Verbrüderung mit dem Deutschen Eisenbahnerverbande stehe. Redner geht kurz auf die Entwicklungsgeschichte des V. d. B. ein. Es müßten lange und harte Kämpfe, insbesondere unter der Neverspolitik des einstigen bayerischen Verkehrsministers Seidlem geführt werden. Die Revolution habe die Bahn vollends frei gemacht und dem Gedanken, eine schlagfertige, moderne Kampforganisation für das gesamte Verkehrspersonal Deutschlands zu schaffen, zum entgeltlichen Siege verholfen.

Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht, den Gauleiter Schaubert in Nürnberg im einzelnen ergänzte, geht hervor, daß die Tätigkeit der Gauleitung eine außerordentlich intensive und umfangreiche war. Baden hat als erster unter den Gliedstaaten einen Lohnarbeits mit der Organisation abgeschlossen, was nur der zähen Arbeit derselben zu verdanken ist. Die Vereinfachung der Affordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten, die Durchführung des Nachstundenplans, die Einführung neuer Dienst- und Ruhegehaltsbestimmungen usw. bilden weiter die wichtigsten Errungenschaften der Revolution für das Eisenbahnerpersonal. Die Kooperationsfreiheit hat auch für die Beamten die Weg zur gewerkschaftlichen Organisation frei gemacht. Eine verhältnismäßig große Zahl unterer und mittlerer Beamten haben sich bereits dem Verbande angeschlossen.

Eisenbahnsekretär Schauble hielt ein sehr instruktives Referat über die geschichtliche Entwicklung des Vereinfachungsgedankens und die nächsten Aufgaben der Organisation in dieser Frage. Er führte u. a. aus, daß es sich vor allem darum handelt, die Interessen und Eigenarten des süddeutschen Personals zu wahren. Es muß außerdem noch mancher Widerstand, der sich besonders in den verschiedenen räumlichen Beamteneinigungen verortet, gebrochen werden. Schauble ist beauftragt, als einziger Vertreter des gesamten Arbeiter- und Beamtenspersonals Süddeutschlands in dem bereits in Berlin konstituierten Eisenbahnerkongress (Kongresskommission) dessen Interessen wahrzunehmen. Seine Interessen von großer Sachkenntnis getragenen Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen.

Die Konferenz beschäftigte sich außerdem mit noch verschiedenen Organisationsfragen hinsichtlich einer besseren Ausgestaltung des Verbandes in materieller und ideeller Beziehung und der in Zukunft einschlagenden Politik. Die Delegierten bekundeten hierfür lebhaftes Interesse und ließ ihre Vereinerung keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie alle Kräfte einsetzen werden für eine großzügig organisierte Aufklärung und Erziehung der Eisenbahner zu tüchtigen Gewerkschaftlern.

Über den von der Gauleitung vorgelegten Tarifvertrag sprach man in weitgehender Weise der berechtigten Forderungen der verschiedenen Kategorien eintracht, entwickelte sich ebenfalls eine umfangreiche Diskussion über die Ueber-einstimmung führte. Der nunmehr fertiggestellte Entwurf wird demnächst der Generaldirektion zugehen.

Die einmalige Wessungszugabe spielte ebenfalls eine Rolle und wurde u. a. in einer einstimmig gefassten Entschließung der Protest der Gauleitung gegen den Landtag ausgeprochen. Die Revolution bezeichne vor allem die Nichtberücksichtigung der insolventen Arbeiter als unsozial und ermarkte mit aller Bestimmtheit, daß nachträglich eine Änderung getroffen wird und dem tröstlichen Glanz, von dem die pensionierten Staatsarbeiter ergriffen sind, endlich einmal gesteuert wird. Die Konferenz nahm des weitern noch Stellung zu den von der Presse den Eisenbahner gegenüber eingenommenen Haltung, die eine völlige Verhöhnung der übrigen Volksgenossen hinsichtlich der tatsächlichen Leistungen und Entlohnung des Eisenbahnerpersonals zur Folge hatte. (Was uns betrifft, so wissen wir uns frei von Schuld, es handelt sich, wie wir etz fügen, um einen gewissen Teil der bürgerlichen Presse und wegen einer Notiz der unabhängigen „Soz. Republik“ (D. Nrb.).

Folgende einstimmig beschlossene Entschlüsse wurden dem Willensausdruck des Personals der Offenheit zum Kenntnis:

„Die Gaukonferenz in Freiburg spricht sich eingehend zur Erledigung der Beschaffungsbeihilfe aus und schließt sich einstimmig dem von der Gauleitung an den Landtag gerichteten Protest: 1. Hinsichtlich der ungenügenden Höhe und der erfolgten Abnutzung nach Ortstaxen an. 2. Vor allem muß der für die ledigen Arbeiter festgesetzte Betrag als durchaus unzureichend bezeichnet werden. Die Konferenz kann des Weiteren die Ausführungsbestimmungen des B. M. nicht als sozial betrachtet werden, insbesondere hinsichtlich der Nichtberücksichtigung der insolventen Arbeiter. Die Konferenz spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die von der Reichsleitung an das B. M. eingereichten Anträge so rasch als möglich im Sinne der aufgestellten Forderungen erledigt werden.“

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

19 „Was ist denn das für ein Mensch?“ fragte er und setzte seinen Anker fester, um sich zu überzeugen, ob das, was er sah, auch wirklich ein Mensch sei. „Er heißt Christensen“, antwortete Lars Larsen, „und hilft uns wachen.“ „Und wovon lebt er? Nachtwachen sind doch kaum sein Beruf.“ „Das weiß ich nicht, Herr Doktor. Er nennt sich Philosoph; ich denke mir, er bettelt auf eine feinere Art. Tagsüber sitzt er in Lesezimmern oder Bibliotheken und wärmt sich.“ „Also gewissermaßen ein Original!“ bemerkte der Arzt, während er die Hand auf die Türklinke legte. Lars Larsen stand in abwartender Haltung daneben, bereit, sein Licht leuchten zu lassen. „Noch einmal wendete sich der Arzt nach ihm um und fragte: „Und woher stammen Sie?“ „Aus Svogerslev“, gab Lars Larsen zur Antwort. „Sie sind wohl Landarbeiter gewesen?“ „Gott behüte! Wir hatten einen großen Hof.“ „Nein, wirklich?“ sagte der Arzt teilnehmend. „Ja, es sind schlechte Zeiten für den Landmann.“ „D. man kann nicht klagen. Wir verkaufen ganz gut.“ „Ja, sind Sie denn nicht arm?“ „Was denken Sie! Das wäre noch schöner“, rief Larsen gekränkt. „Wir haben den Hof nur aufgegeben, weil wir dachten, wir hätten genug, um das Leben zu genießen, wie die Mutter sagt.“ „Das Leben genießen!“ wiederholte der Arzt entsetzt. „Hier — im schwarzen Schaf? So etwas Verrücktes hab ich noch nie gehört. War Ihre Frau schon krank, als Sie verkamen?“ „Ja, wissen Sie, Herr Doktor — wenn ich ganz auf-

richtig sein soll, so glaube ich, sie gab den Hof weg, weil ihr die Arbeit zu viel wurde. Sie konnte die Leute zuletzt nicht mehr recht in Zucht halten.“ „Aber haben Sie denn gar nicht bedacht, daß es der reinste Selbstmord für eine Kranke sein müsse, sich in diesem alten Kasten niederzulassen?“ „Ich sagte es gleich, Herr Doktor, aber es war eben am blühlichsten hier, und Mutter ist nun einmal so, daß sie sich immer dort am wohlsten befindet, wo nicht zu viel Geld ausgegeben wird. Vielleicht sollten wir unsuchen, wenn es ihr besser geht?“ „Dazu ist es schon zu spät“, erwiderte der Arzt. „Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß Ihre Frau in den letzten Tagen liegt; sie diese Nacht nicht überleben.“ „Gott sei!“, rief Lars Larsen. „Dann muß es wohl der Wille Gottes sein, daß sie fort soll.“ „Gewiß“, entgegnete der Arzt — „sie ist verloren, wenn kein Wunder geschieht.“ Damit öffnete er die Tür und ging die Treppe hinab, während ihm Lars Larsen leuchtete. Kurz darauf kam dieser mit der Lampe zurück, schickte vorsichtig an die schlafenden Philosophen vorbei und in das Krankenzimmer hinein. Er machte sich dort alles mögliche zu schaffen, ging auf den Bodenknien und meinte, seine Frau schlafe. „Lars!“ rief er plötzlich vom Bett her. „Ja, Mutter, wie gehts?“ Sie richtete sich mühsam auf und wehrte ungeduldig mit der Hand ab. „Nach, Lars, lauf! Vielleicht kannst du Maren noch einholen.“ „Warum, Alte?“ „Ich habe gehört, was er — dieser Doktor — gesagt hat.“ „Was denn?“ „Verstell dich nicht, Lars. Er sagte, ich werde die Nacht nicht überleben. Wozu brauchen wir da die teure Arznei? Es ist doch ein Jammer, wenn das Geld so hinausgeworfen werden soll.“

„Maren ist schon lange fort, Mutter. Außerdem weiß ich auch nicht, in welche Apotheke sie gelaufen ist.“ „Lieber Gott!“ stöhnte sie matt und ließ sich in die Kissen zurückfallen. Nach kurzer Zeit aber rief sie wieder: „Lars — wo bist du?“ „Hier, liebe Mutter!“ Und er schlich sich mit einer ehrerbietigen Miene an das Bett. „Die Papiere liegen in der untersten Kommodenschublade“, flüsterte sie. „So, das ist ja gut!“ sagte er voller Spannung, obgleich er sich den Anschein geben wollte, als habe er jetzt gar keinen Sinn für dergleichen. „Und das Geld hab ich unter dem Fußboden versteckt. Unter dem Ofen ist ein Raum.“ „Aber Mutter, das wäre doch nicht nötig gewesen.“ „Man kann nie vorsichtig genug sein“, entgegnete sie. „Verbrich mir, daß du keine Krone verwendest.“ „Nein, nein!“ Er schüttelte so entschieden den Kopf, als ob das eine längst abgemachte Sache sei. „Wir haben dreitausend Kronen Zinsen“, murmelte sie. „So viel?“ Das hätte ich mir nie träumen lassen.“ „Aber ihr braucht nicht mehr als achtzig Kronen im Monat anzugeben. Das übrige könnt ihr auf die Sparkasse tun.“ „Da sind wir ja reiche Leute, Mutter“, sagte er. „Und von dem schönen Geld muß ich jetzt fort“, jammernte sie. „Wir wollen es abwarten“, tröstete der Mann. „Der Doktor sagte doch, es könne ein Wunder geschehen.“ „So etwas kommt nur in der Bibel vor, Lars — die Tage sind vorüber.“ Nachdem die Kranke eine Weile still dagelegen und mit den mageren Fingern auf dem Ledbett hin und her gestrichelt hatte, begann sie aufzune. „In dem Raum unter dem Ofen sind zweihundert Kronen und noch drei und eine halbe, soviel ich mich erinnere. Sie liegen in einem kleinen Lederbeutel.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Prozeß gegen Marloh.

Berlin, 4. Dez. Der zweite Tag des Prozesses gegen Oberleutnant Marloh vor dem Kriegsgericht beginnt heute mit der Vernehmung des wichtigsten Zeugen, des Kommandeurs der Reichswehrbrigade, Obersten Willi Reinhard.

Der Vorsitzende fragte den Obersten: Oberleutnant Marloh behauptet, daß er einen Brief erhalten habe, der dahin lautete: Du sollst erschossen, was du kannst! 150 Mann sollen erschossen werden! Dieser Befehl sei für ihn maßgebend gewesen. Er hätte allerdings in selbständiger Abänderung des Befehles 80 Mann erschossen. Oberst Reinhard schilderte zunächst die Marschkämpfe und erklärte dann: Ich habe nicht geglaubt, daß diese Leute der Volksmarinebrigade, nachdem sie während des Aufstandes verurteilt worden, gerade jetzt sich wieder zusammenzutun. Ich kam zu dem Schluss, daß die Gefangenen abgeführt werden müßten. Es wurde mir später gemeldet, daß Oberleutnant Marloh um Unterstützung bittet. Ich hatte ja schon monatlang Erfahrungen in den Kämpfen um Berlin gewonnen, und da die Unterstützung arbeiten wurde und ich persönlich verantwortlich gemacht werden sollte für ein rückwärtsgezogenes Durchgreifen, schickte ich — ich glaube — den Leutnant Schneider zu Oberleutnant Marloh, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er rücksichtslos vorgehen sollte und müßte, daß die Leute, die mit der Waffe in der Hand sich zur Wehr setzen, erschossen werden sollten, ebenso Leute, die beim Plündern erwischt worden seien. Der betreffende Befehl lautete, wenn ich mich nicht irrte: Wer plünder, wird an die Wand gestellt! Dann hätte Marloh nach um Unterstützung nachgehakt, und nun hätte Reinhard befohlen: Sagen Sie dem Oberleutnant Marloh, er hätte ausgiebig von der Waffe Gebrauch zu machen. Die beste Unterstützung sei die Regel. Ich bin dann zu Oberleutnant v. Kessel gegangen. Die Einzelheiten meines Besprächs mit Kessel weiß ich nicht mehr genau, wohl aber, daß ich vor allem zu energischem Handeln aufgefordert wurde, damit ein Unglück vermieden werde. An anderen Tagen wurde ich gebeten, ich solle dann für Kessel und Marloh, die sich in einer unangenehmen Situation befanden, etwas tun, da es ansonsten bei der Erschießung der Matrosen nicht einwandfrei zugegangen wäre. Ich begab mich darauf zum Kommandanten General v. Piltz und suchte mich für Kessel und Marloh zu verwenden, indem ich bat, erforderlichenfalls doch gegen mich selbst vorzugehen. Reinhard v. Kessel wurde wieder eingestellt, Marloh dagegen nicht. Ich begab mich dann zu dem mit bekanntem Staatsanwaltschaftsrat Weismann. Ich bat den Staatsanwaltschaftsrat, doch behilflich zu sein, da von Reinhard Marloh bezüglich der Fortzüge in der Französischen Straße kein völlig klares Bild zu erlangen sei. Es kam ein Bericht zustande, der meines Erachtens ebenfalls die Sachlage noch nicht genügend aufklärte. Inzwischen wurde meine Brigade in die Reichswehr übergenommen. Es erfolgte eine erneute Vernehmung durch einen Kriegsgerichtsrat, die eine ganz andere Auffassung von den Vorgängen jenseitig förderte. Leider war Marloh dann eines Tages verschwinden. Ich habe das sehr bedauert, denn ich sagte mir sofort, daß sein Verschwinden in der Öffentlichkeit den denkbar schlechtesten Eindruck erwecken müßte. Ich konnte aber zu meinem Leidwesen nichts mehr daran ändern. Aus der Presse habe ich erfahren, daß Marloh sich darauf beruft, daß Reinhard Weismann es war, der ihm gekommen sei und ihm gesagt hätte, er solle 150 Mann erschießen. Einen solchen Befehl habe ich nicht gegeben. Marloh hat vielleicht einen von mir gegebenen Befehl nicht ganz richtig übermitteln bekommen oder zu schief ausgeführt. Ich würde heute genau dieselben scharfen Befehle wieder geben, die ich damals erteilt habe.

Vors.: Es sind Ihnen Berichte aus den Aften beschwunden; wissen Sie etwas davon, wer die Berichte herausgenommen hat? Sie müssen bei der Brigade Reinhard verschwinden sein. Zeuge: Im Augenblick kann ich das nicht sagen. Vors.: Der zweite von Marloh gegebene Bericht soll schon ganz anders gelaute haben als der erste. Er war in manchen Punkten abgeschwächt. Zeuge: Er war allgemein gehalten und läßt nicht genügend auf. Aus diesen Gründen wurde ja nach Rücksprache mit dem mit bekanntem Staatsanwaltschaftsrat Weismann ein neuer Bericht abgefaßt. Weismann v. Grünspach: Wissen Sie, daß bei der Vernehmung des Staatsanwalts Weismann Oberleutnant Marloh gesagt hat: Es ist zwar eine Kumerei, aber ich tue es im Interesse des Staates? Zeuge: Ich bin daraufhin zur Rede gestellt oder haben Sie ihn beruhigt? Zeuge: Marloh war so komisch an diesem Tage, aber ich hatte keinen Grund, zu rügen. Es handelte sich doch damals darum, Marloh zu helfen, da ich meinte, es würden sich für ihn unangenehme Folgen erheben. Marloh: Ich war zwar erschöpft, habe aber den ersten Bericht maßrichtig angefertigt und ich bin zum Staatsanwaltschaft Weismann nur auf Wunsch von Oberleutnant von Kessel gegangen, (sehr erregt): Ich lüge nicht!

Als nächster Zeuge wird Hauptmann von Kessel aufgerufen. Vors.: Wie waren die Befehle des Obersten Reinhard, haben Sie dem Angeklagten besondere Anweisungen gegeben? Zeuge: Nein. Ich war überhaupt bis zum nächsten Vormittag abwesend. Ich hatte alle Einzelheiten Oberleutnant Marloh als meinem selbstverordneten Kompagnieführer überlassen. Nach einem längeren Verhör in kurzen Fragen und Antworten fragt der Vorsitzende, wann Marloh von seinem Kommando zurückkam. Zeuge: Etwa 1/2 bis 2 Uhr. Man sah ihm seine starke festliche Erregung an. Marloh sagte: Das war fürchterlich. Ich glaube, daß er dann am Abend einen Bericht gemacht hat, weil es bei uns allgemein üblich war, Meldungen sofort zu erstatten. Vors.: Haben Sie die Meldung gelesen? v. Kessel: Ich glaube, sie war mit der Hand geschrieben und sehr kurz gehalten. Vors.: Der zweite Lathbericht steht doch aber auch. Was stand darin? Im Laufe seiner Vernehmung zieht Hauptmann v. Kessel plötzlich ein Papier aus der Tasche und bemerkt, dieser Bericht sei vorgelesen unter den Kompagniepapieren gefunden worden. Der Vorsitzende stellt fest, daß der Bericht mit zwei Schreibmaschinen geschrieben und mit einigen handschriftlichen Zeichen ergänzt ist. Marloh erklärt nach Unterzeichnung dieses Berichtes sei der von Hauptmann v. Kessel abgeänderte Bericht des Staatsanwalts zumbrod. In dem Bericht, der verlesen wird, heißt es, nach ausführlicher Schilderung des Unternehmens vom 11. März: Auf meine Anordnung wurden, geführt auf die Erlasse Rosses, die Erschießung vorgenommen. Die Zahl der Erschossenen betrug 21. Marloh schließt dabei, daß für diesen Bericht, der übrigens keine Unterschrift trägt, allein Hauptmann v. Kessel verantwortlich sei. Die Entstehung des Berichtes bleibt zunächst ungelklärt. Die Vernehmung Kessels wendet sich dann der Klage Marloh zu. Der Zeuge gibt zu, Marloh sein Verschwinden nahe gelegt zu haben.

Staatsanwalt Weismann wird nunmehr als Zeuge aufgerufen. Der Zeuge erklärt zunächst, in welcher Weise er bei der Abfassung des Berichtes beteiligt war. Ich kann nur betonen, daß die Offiziere mit Aufsichtung aller Kräfte bemüht waren, uns zu helfen. Und deshalb nahm ich Herrn Oberleutnant v. Kessel gegenüber, den ich für den Retter von Berlin halte, die Befähigung. Im übrigen spricht sich der Zeuge sehr günstig über den Angeklagten aus. Dann beginnt die Vernehmung des Staatsanwalts zumbrod, der nicht in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt, sondern als Privatmann auftritt. Nach des Zeugen Meinung war der Angeklagte durch die empfangenen Befehle völlig gedeutet.

Badische Politik.

Die Militärgerichtsbarkeit.

Auf unsere verschiedenen Ausführungen über die Tätigkeit der Militärgerichte, insbesondere derjenigen der Königlich-preussischen Division in Karlsruhe äußert sich nun auch die badische Regierung in der amtlichen „Karlsruher Zeitung“. Es heißt in dem Artikel:

Obwohl das alte Heer seit Monaten aufgelöst ist, sind die früheren preussischen Kriegsgerichte als Gerichte der Aufzählung-Jahre bestehen geblieben und haben in dieser Eigenschaft die nach anhängigen Strafsachen aus jener Zeit zu erledigen. Durch die Neuordnung der Reichsregierung vom 1. Februar 1919 (R.-G.-Bl. S. 173) ist die Ausübung des Begnadigungsrechts soweit es dem König von Preußen zustand, auf den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts übertragen worden. Dieser ist daher für die Begnadigung aller durch Militärgerichte abgeurteilten militärischen Verbrecher oder Vergehen zuständig.

Die badische Regierung ist in diesen Fällen auf ein Wunschnachweiserrecht beschränkt; sie hat in welchem Umfang davon Gebrauch gemacht und bei dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts angefragt, allgemein wegen unelastica Entrennung in der Revolutionszeit Begnadigung oder Strafaufschub auf Wohlverhalten zu erteilen. Eine weitgehende Berücksichtigung dieses Antrags war seiner Zeit gegenüber zu werden. Das badische Ministerium für militärische Angelegenheiten, das für die Begnadigung von Disziplinarstrafsachen badischer Staatsangehöriger zuständig ist, hat ausnahmslos in allen ihm zur Entscheidung vorgelegten Strafsachen, soweit diese während der Revolutionszeit begangen waren, Begnadigung oder Strafaufschub auf Wohlverhalten gewährt, da ein Vollzug der Strafen nicht mehr angeeignet erscheint, nachdem seit Begehung der Straftaten mehrere Monate vergangen sind und die allgemeine Ordnung wieder hergestellt ist.

In letzter Zeit sind in verschiedenen Pressenartikeln Auswüchse und Mißstände der preussischen Militärgerichtsbarkeit behandelt worden. Das badische Ministerium für militärische Angelegenheiten hat wiederholt verübt, die Sanctionierung der Militärgerichtsbarkeit mit einem gesunden Volksempfinden in Einklang zu bringen; mangels sachlicher Zuständigkeit ist es ihm jedoch nicht möglich gewesen, einen entscheidenden Einfluß auf die Militärgerichte auszuüben. Ebenienweit kann die badische Regierung dafür verantwortlich gemacht werden, wenn sich das Gericht des Aufzählungsjahres 88 in Karlsruhe noch heute nicht zufriedener als „Königlich Preussisches Gericht der 28. Inf.-Division“ bezeichnet. Die Regierung hat sich wegen Mißstände an die zuständige Militärbehörde gewandt. Hebrigen wird die Militärgerichtsbarkeit nur noch kurze Zeit bestehen, da sie nach Artikel 106 der Verfassung für das Deutsche Reich außer für Kriegszustand und an Bord der Kriegsschiffe aufgehoben ist. Das Herüber in Aufsicht gestellte Reichsgericht ist schon im Entwurf fertiggestellt und wird nach demnach der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Nach dieser amtlichen Äußerung erübrigt sich für uns ein näheres Eingehen auf die von uns schon wiederholt erwähnte längere Zudrift des Herrn Rechtsanwalt Dr. jur. M. Jahn an Landgericht Heidelberg, Wohnort: Simsbach am Saal, der merkwürdigerweise in seinen Mitteilungen an uns sich immer nur als Rechtsanwalt bezeichnet, während er in Wirklichkeit, wie wir von dritter Seite erfahren, zur Zeit seine Praxis gar nicht mehr ausübt, sondern „Kriegsgerichtsrat“ beim Königlich-preussischen Militärgericht der 28. Division in Karlsruhe ist. Warum Herr Jahn diese letztere Tugend und verschweigen, wissen wir nicht; doch hoffentlich nicht etwa aus Schamgefühl! In seiner Zudrift berichtet Herr Jahn eine begeisterte Anekdote für die Kriegsgerichte — kein Wunder, wenn man „Interesse!“ ist. Unsere Angriffe gegen diese Institution sind natürlich nur in „heftiger Absicht“ gesehehen! Sogar über das Wort „Komis“ regt sich Herr Jahn auf, er meint, ohne diesen „Komis“ würden wir wahrlich nicht in der Lage sein, unsere Angriffe vom fächeren Rechtsanwalts aus in die Welt setzen. Herr Jahn mag sich beruhigen; wir wissen aus eigener Erfahrung, wo die Kriegsgerichte und ihre diesbezüglichen Räte im Felde stehen; meist doch ebenfotweit hinter dem Fesselballon, wie wir vom Komis vor dem Fesselballon! Einen Kriegsgerichtsrat haben wir wenigstens nie in Gegenden gesehen, wo's „kolle!“ Aus dem begeistertsten Loblied auf die Kriegsgerichte mögen nur zwei Sätze noch angeführt sein: Herr Jahn behauptet, es werde durch die Vorzüge der Militärgerichtsbarkeit gegenüber der Zivilgerichtsbarkeit gerühmt, und das Verfahren sei derart fortgeschritten geordnet, wie es die Zivilgerichtsbarkeit nicht kennt! Und damit brechen wir ab — wir wollen die Nachmueln unserer Leser nicht weiter strapazieren.

Badische Fragen.

Unter diesem Titel wird dem „Bad. Beobachter“ geschrieben, daß im Bezirk des 14. Armeekorps, d. h. in Baden, die Militärbehörden fast ausschließlich preussische Landesangehörige bei Befehlung der amtlichen Stellen bezugszogen, was auch durch die Revolution nicht geändert worden sei: „Obwohl Beamte badischer Abkunft in dem Rahmen des alten Preussenheeres nur in ganz verschwindend kleiner Anzahl vorhanden waren, fällt es ihnen schwer, in den Reueorganisationen der Reichsbehörden innerhalb Badens den ihrem Dienstalter entsprechenden Platz zu gewinnen. In einzelnen Fällen müßten sie sogar zugunsten neu in das Land gelommener Nichtbadener mit minderen Stellen vorlieb nehmen.“ Gegen diese offenkundigen Unrechtfertigkeiten wenden sich die Badener, nicht gegen die Verschüttung von Nichtbadenern an sich. Die nach ihren Taten zweifellos preussisch gehaltenen Reichsstellen sind zum Schaben ihrer eigenen Sache unhaltbar.

Der Artikel des Zentrumsblattes wendet sich zum Schluß an die Adresse der Sozialdemokratie, hierzu Stellung zu bekennen, indem darauf hingewiesen wird, daß wohl alle heretingskommenen und noch heretingskommenen preussischen Inhaber von Beamtenstellen nach Neigung und Erziehung weit eher die Umstellung nach dem alten politischen Obrigkeitsystem hin ersehen und betreiben werden, als den berrünftgemäßen Ausbau des Systems, welches das sogenannte Obrigkeitsystem abgelöst hat. Wir finden diesen Abfall an die Sozialdemokratie etwas weit hergeholt, da ja das Zentrum seinen Einfluß bei der Stellenbeschaffung genau so beständigen kann als die Sozialdemokratie, wobei es genau allzuartigen „preussischen Bind“ der sozialdemokratischen Unterstützung sicher ist.

Was erfordert die Gerechtigkeit?

„Sie erfordert,“ so schreibt zutreffend die „Karlsruher Zeitung“, das Anerkennen, daß es der Reichsregierung und den Landesregierungen trotz aller furchtbaren, bisher in der Weltgeschichte unerbörten Schwierigkeiten gelungen ist, Reich und Volk vor dem völligen Untergang zu bewahren, Ruhe und Ordnung im Innern wieder herzustellen und verheißungsvolle Fundamente für die Zukunft zu legen. Die Reaktion zumal weiß selber ganz genau, daß die Verhältnisse sich bei uns im Vergleich zum Frühjahr ganz erheblich konsolidiert haben. Wäre dies nicht der Fall, so wäre ja ihre eigene Agitation absolut unmöglich. Sie hat deshalb auch am allerwenigsten Veranlassung, nach dem starken Mann zu rufen. Rame er — und wir müssen geteilen, daß wir gegen sein Kommen nichts einzuwenden hätten —, so würde er ganz sicher zunächst mit der Reaktion abrechnen.“ Des weiteren weist der Artikel darauf hin, daß es noch niemals eine Regierung gab, die unter so entsetzlichen Bedingungen ein großes Volk aus dem Zusammenbruch herauszuführen konnte, wobei es selbstverständlich sei, daß bei einer solchen Arbeit wie bei allem Menschenwerk Fehler mit unterlaufen würden. Vor allem ist jedoch zu berücksichtigen, daß wir bei jedem Schritt Rücksicht auf die Entente nehmen müssen. „Daß es soweit gekommen ist, wird dazu richtig bemerkt, ist wahrlich nicht die Schuld der Reichsregierung. Daß wir demachen verlorren haben, das ist auf Gnade oder Ungnade dem Sieger ausgeliefert, das ist einzig und allein die Schuld des alten Systems, des alten Staates.“

Mehl für Kartoffeln. Zur besseren Versorgung der größeren Städte Badens und sonstiger ungenügend mit Kartoffeln bediefter Industriewidriger Orte wird auf dringende Anforderung des Ministeriums des Innern hin von der betr. Reichsstelle Mehl bereit gestellt. Für jedes an sieben Pfund Kartoffeln bestehende Pfund werden jeweils 100 Gramm Mehl (halb Getreide halb Kartoffelmehlmehl) ausgegeben. In die Landwirte hat die bad. Regierung nochmals den dringenden Appell gerichtet, die Kartoffeln abzuliefern.

Die evangel. Generalsynode sah am Montag in 2 Sitzungen die Beratung über die neue Kirchenverfassung, und zwar zunächst über Wahl und Zusammensetzung des Kirchengemeindeausschusses fort. Hierbei wurde von verschiedenen Seiten ein stärkerer Bezug der Lebrerschaft in den Organisationen der Kirche gewünscht und von dem Präsidenten des Oberkirchenrats Dr. Hibel auch zugesagt. Ferner wurde eine von liberaler Seite vorgelegte Entschlieung, wonach der Kirchengemeinderat ein Ausschuh jährlich mehrmals durch den Kirchengemeinderat einberufen soll, einstimmig angenommen. — In der Nachmittagsitzung fand zunächst ohne Debatte das Einführungs- und Ueberleitungsgefes (Bestimmungen bis zum Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung) einstimmige Annahme. Sodann erklärte sich die Synode mit den neuen Bestimmungen einverstanden, wonach in den großen Städten sogen. Kirchenpengel eingerichtet werden können. Am Dienstag vormittag wird die Beratung fortgesetzt.

Minister Sammel über die Lage. In einer großen öffentlichen Versammlung in B. Baden sprach der demokratische Minister Sammel über die Lage, wobei er betonte, daß die Stellung der demokratischen Partei im Reich und in Baden nicht gefährdet werde durch die vielen Drohungen, die aus den Schichten des Bürgertums gegen die Partei ausgeprochen werden. Angesichts der von der Rechten betriebenen Verschärfung der Gesezgebung befürchtet der Minister, daß wir am Vorabend einer neuen Revolution stehen, worin die Katastrophopolizei die Lösung der Fragen erschiden. Giergegen sei jedoch festzustellen, daß aus einer neuen gewalttätigen Umwälzung kein neues Deutschland erwachsen würde, sondern diese Konfuzsmasse würde vom amerikanischen Kapitalismus übernommen werden.

Wie verhält sich die Sache? Aus Druhsal geht uns folgende Mitteilung zu: Auf dem hiesigen Bahnhof ist es vor einigen Tagen Fahndern gelungen, 3 Eisenbahnwagen reinen Apfel- und Birnenfaß, das sind etwa 38 000 Liter, zu beschlagnahmen. Dieser Obfsaft sollte von Stuttgart nach Diebenhofen; also ins Ausland, verschoben werden. Wohl zur Kräftigung unserer Baluta? Aber die Fahnder hatten die Rechnung ohne das Landespreiskamt gemacht. Der beschlagnahmte Obfsaft mußte wieder freigegeben werden, er „zeigte“ also weiter; in Frankreich oder im Ausland werden man wohl aus ihm reinen Traubenwein herstellen und wird dann später als Auslandswein dem „dischen Nidels“ zu „angemessenen“ Auslandspreisen dargeboten werden. Wenn wir in Baden württembergischen Obstmoß wollen, so bekommen wir keinen, da das Landespreiskamt die Genehmigung ver sagt. — Wir wollen uns vorerst mit der einfachen Mitteilung, wie sie uns gegeben wurde, begnügen. Eine amtliche Aufklärung muß ja über diese Angelegenheit unter allen Umständen gegeben werden. Dann werden wir ja weiter sehen.

Advertisement for a book titled '10. bis 8. 1.-13. 15.' with various dates and descriptions like 'Zeichnungsstuf der Spar-Prämienanleihe' and 'Einzahlung'.

Fragmentary text on the far left edge of the page, partially cut off.

Aus der Partei.

r. Eggenstein, 6. Dez. Die heutige Monatsversammlung des sozialdemokratischen Vereins befaßte sich zunächst mit der Neuordnung der Vereinsbibliothek, deren fleißige Benutzung dringend empfohlen wurde. Sozialismus ist eine zu gewaltige Idee, als daß man seine theoretische Begründung außer acht lassen sollte. Sodann wurde das neue Organisationsstatut bekannt gegeben und kurz besprochen. Beim 3. Punkt wurden verschiedene Gemeindegangelegenheiten behandelt und unsere Vertreter auf dem Rathhaus beauftragt, Einsicht in die Geschäftsführung der hiesigen Lebensmittelversorgung zu verlangen und zwar nicht nur wegen des Preises, sondern noch viel mehr nach der eintreffenden Menge und deren Ausgabe. Im Hinblick auf die mit Nachdruck einsetzende Winterarbeit wäre künftig ein besseherer Besuch zu wünschen.

Aus dem Lande.

Durlach.
Lesen und Diskussionsabend. Heute abend um 7 Uhr Zusammenkunft im Lokal „Goldener Löwe“. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Bretten.
h. Aus dem Gemeinderat. Dem Landesauschuß Baden der Rückwandererhilfe z. B. in Karlsruhe wird zur Linderung der Not der Auslandsdeutschen ein Beitrag bewilligt. — Dem Antrage des Vieleinigungsamtes auf Untersuchung der in der Bürgerauschussitzung vom 23. November gegen dasselbe vorgebrachten Behauptungen soll nicht entsprochen werden, da gegen das Vieleinigungsamt keine Vorwürfe erhoben wurden, die nicht wiederlegt hätten werden können. Der Gemeinderat ist der Ansicht, daß das Vieleinigungsamt in jeder Beziehung gerechtfertigt aus der Kritik hervorgeht. — Die Vergütung der in der Volkerei beschäftigten Frauen wird auf Antrag erhöht, weil dieselben nur noch wenige Stunden im Tage beschäftigt werden können. — Bei der demnächst stattfindenden Neuerpachtung der städt. Grundstücke werden circa 5 Hektar Wiesen zur Dedung des Heubedarfes für den Karrenstall zurückgehalten. Auch Ackergrundstücke werden, soweit es Raumstücke sind, in Eigenbewirtschaftung genommen. Zur Vorbereitung der Verpachtung wird eine Kommission eingesetzt. Die Frage, ob die Stadtgemeinde eigene Jungtiere halten soll, soll endgültig geprüft werden, wenn die städt. Grundstücke pachtfrei sind. — Die Firma Gebr. Ammann wird auf Anfrage, ob 2 ihrer Arbeiter nach der Verleumdung des Demobilisierungsausschusses vom 8. 9. 1919 zu entlassen sind, erwidert, daß eine Entlassung nicht in Frage kommt. — Die Gasperre tritt an den Sonntag Vormittag erst am 9. Uhr vormittags ein. — Dem Gasarbeiter Christian Kind, der im Oktober d. J. 30 Jahre bei der Stadtgemeinde beschäftigt war, wird die Anerkennung des Gemeinderats ausgesprochen und es wird demselben ein Ehrengeld überreicht.

Stillingen.
Parteiversammlung. Am kommenden Donnerstag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet folgendermaßen: 1. Vortrag des Gen. Handelslehrer Baas über „Welthandel und Weltwirtschaft“. 2. Wahl zweier Delegierten zur Wahlkreisversammlung. 3. Gemeindefragen. 4. Verschiedenes. Das Lokal wird noch bekanntgegeben. Die Genossinnen und Genossen werden zu dieser Versammlung mit der Bitte um vollständiges Erscheinen eingeladen. — Diejenigen Genossen und Genossinnen, die noch Bücher aus der Bibliothek haben, werden gebeten, dieselben in die Verammlung mitzubringen, da die Bibliothek einer Neuordnung unterzogen wird.

Naßau.
Industrie-Tarif. In einer am 4. Dezember im „Anker“ stattgefundenen Versammlung hat die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ nach einem kurzen Referat des Gen. Langhans einstimmig beschlossen, die von der Tarifkommission vorgeschlagene Feuerzuzulage anzunehmen. Die Feuerzuzulage betrug bis jetzt 30 M. monatlich und soll jetzt auf die Kalkulierhöhe, d. h. 105 M. für Ledige und 200 M. für Verheiratete, erhöht werden. Diese Höhe sollen jedoch lediglich für den Monat Dezember gelten. In der Versammlung wurde heftig darüber Klage geführt, daß ein Unterschied zwischen Ledigen und Verheirateten gemacht würde; es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in Zukunft aus grundsätzlichen gewerkschaftlichen Gründen jeder Unterschied zwischen Ledigen und Verheirateten verschwinde. Ferner wurde angeregt, in Gehaltsfragen Fühlung mit den Arbeitern zu suchen und mit diesen bei Gehalts- und Lohnerböhrungen geschlossen vorzugehen.

1. Musikerverband. Am Montag, den 1. Dezember 1919, wurde in Naßau im Saale zur „Linde“ eine Orchestergruppe des freigewerkschaftlichen Deutschen Musikerverbandes gegründet. Die neue Orchesterleitung, aus der voraussichtlich in nächster Zeit ein städtisches Orchester zusammengestellt wird, hat sich als höchstes Ziel gesetzt, die Kunst zu hegen und zu pflegen, die Interessen der Berufsmusiker voll und ganz zu vertreten, und dem Dilettanten (welches sich besonders hier in Naßau und Umgebung breit gemacht hat) entgegen zu treten. Zum Vorsitzenden der Orchesterleitung wurde Herr Koloff, zum Schriftführer Herr Kuche, zum Kassierer Herr Fried, zum Vertrauensmann der Herren Weizer und Olhon gewählt. Als korrespondierendes Mitglied des Musikvereins wurde Herr Jabin ernannt. Alle Berufsmusiker im Bezirk Naßau erhalten kostenlos Auskunft beim Schriftführer Herrn J. Kuche, Drehestr. 5.

Bei dem letzten Gewitter schlug ein alter Blitzstrahl in das Wohnhaus der Familie Ein. Es wurden nur einige Glasfenster zertrümmert.

1. Handelsrat. Die Handelsgenossenschaft Naßau hat in ihrer am 4. Dez. stattgefundenen Sitzung die neue Feuerzuzulage einstimmig gutgeheißen.

1. Der Kampf gegen den Schleichhandel. Hier wurde ein Postausheifer wegen Handels mit Silbergeld festgenommen.

Aus dem Margtal.
Görden. Am Donnerstag, 11. Dez., abends 8 1/2 Uhr findet im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung des Soz. Wahlvereins mit der Tagesordnung: Vortrag eines auswärtigen Genossen über das Betriebsräte-Gesetz. Wir erwarten ein hünftliches und vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen. Volkstribunen sind ebenfalls eingeladen.

Guggenau. Zwei Buchen verbrachten hier in die Bergmannischen Industriewerke einzuwerden, um Nieten zu stellen. Ein Nachtwächter überreichte sie. Dabei schoß einer der Gesellen auf den Wächter, ohne zu treffen. Später trieben sich die Buchen in Görden herum, wo der eine nach einem ihm bekannten Mädchen schießen wollte. Der Schuß traf einen jungen Mann in den Fuß. Darauf erschloß sich der Buche selbst.

Baden-Baden.
Tarifabschlüsse im Transportgewerbe. Nach Verhandlungen zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und den vereinigten Kohlenhändlern Baden-Badens ist es gelungen, einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, welcher für die betroffenen Arbeiter eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lage bringt.

Für die Fuhrleute wurde einschließlich Stallarbeit ein Wochenlohn von 100 M. und für die Lagerarbeiter ein solcher von 90 M., Bezahlung der Überstunden mit 25 % und der Sonntagsarbeit mit 50 % vereinbart. Nach einjähriger Tätigkeit im Betrieb erhalten die Arbeiter 3 Tage, nach zwei Jahren fünf und nach drei und mehrjähriger Beschäftigung acht Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. — Ein weiterer Tarifabschluß wurde mit dem Konsumverein für Baden-Baden und Umgebung getätigt, während am verschiedenen Arbeitgebern im Fuhr- und Transportgewerbe noch Verhandlungen im Gange sind, die voraussichtlich zu einem befriedigenden Abschluß kommen werden. Größte Differenzen stehen bei der amtlichen Güterbesätzererei A. G. Devant (Inhaber Herr Karl Vaser) bevor. Herr Vaser weigert sich ganz entschieden, mit dem Transportarbeiterverband den Tarif abzuschließen, es fanden dieserhalb schon zweimal Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Naßau statt, die zu keinem Resultat führten. Da Herr Vaser allen gültlichen Verhandlungen unzugänglich ist, wird es nötig werden, andere Mittel in Anwendung zu bringen.

Wiener Kinder. Auch bei uns ist nun eine Hilfsaktion für die notleidende Bevölkerung Wiens eingeleitet worden. Veranlaßt durch eine Eingabe eines Parteigenossen an den Stadtrat, hat sich eine Kommission, bestehend aus je einem Mitglied der politischen Parteien, gebildet, die nun in Aufträgen in den hiesigen Zeitungen auffordert, dem Vorbilde anderer Städte zu folgen und Wiener Kinder auf einige Monate aufzunehmen, oder durch Geldmittel die Hilfsaktion zu unterstützen. Auch wir möchten an dieser Stelle den Appell an unsere Parteigenossen und Genossen richten, hieran sich zu beteiligen. Beigen wir, daß wir trotz aller Not und Bedrängnis doch noch ein marmores Herz für unsere schwergeprüften Volksgenossen in Oesterreich haben, indem jeder, der halbwegs in der Lage ist, ein Kind aufzunehmen, dies tut, und diejenigen, die aus irgend einem Grunde dies nicht tun können, durch Beiträge ihre Scherlein zur Linderung der Not beitragen.

Weihnachtsfeier. Die Frauen-Sektion unserer Partei ist zur Zeit emsig tätig, den Plan einer Weihnachtsfeier für die Kinder zu verwirklichen. Die Feier soll am 2. Weihnachtsfeiertag, nachmittags von 8-7 Uhr, im „Baldreit“ stattfinden. Eine größere Anzahl Genossinnen sorgen für die Herbeischaffung der Mittel um eine Gabenverteilung vornehmen zu können. Neben Geld ist ihnen auch daran gelegen, Naturalien zu erhalten, wie Mehl, Zucker, Kunsthonig usw., um etwas Gebäd herstellen zu können; auch Äpfel und Nüsse nehmen die Sammlerinnen dankend an. Wir erziehen unsere Parteigenossen, auch ihre- durch Gaben die Weihnachtsfeier für unsere Kinder zu unterstützen, d. h. die Sammlerinnen nicht leer fortzuschicken. Die Genossin Nees, Präsidentin der Sektion, nimmt die Geldbeiträge, die Genossin Eder, Sektionskassierin, die Gartenbau, die Naturalien entgegen. Diejenigen Genossinnen, die ihre Kinder noch nicht angemeldet haben, können das nachholen bei den obengenannten Genossinnen.

Wahl.
Versammlung. Auf Einladung des Gewerkschaftskartells wird unter Genosse Minister Kemmle am Donnerstag, 11. Dez., im Friedrichsbau über „Einwohnerwehr und Wirtschaftsprüfung“ sprechen. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht aller sozialistischen Gesinnten von Wühl und Umgebung. Beginn 7 Uhr abends.

Offenburg.
Bürgerauschussfraktion. Am heutigen Dienstag, 9. Dez., findet abends 8 Uhr in der Brauerei Münderer eine Fraktionsitzung der Bürgerauschussmitglieder statt. Vollständiges Erscheinen aller Genossen notwendig.

In Sachen Entlassungsangabe. An das hiesige Bezirkskommando sei einmal die Frage gerichtet, wie es mit der Aufgabe der Militärpapiere für die aus dem Feld zurückgekehrten Krieger bestellt ist. Man hat wohl feinerzeit einen Vermerk in die Militärpapiere erhalten, daß man Anspruch auf einen Entlassungsangabe habe; damit scheint aber für das Bezirkskommando die Sache abgetan zu sein. Vor einem halben Jahre ist die öffentliche Mitteilung gemacht worden, daß erst die heimkehrenden Kriegsgefangenen ihre Ansprüche erhalten sollten, was auch ganz in der Ordnung ist, aber in der langen Zeit könnte man doch schon ausgerechnet haben, wieviel Angänge jedes Bezirkskommando für die heimkehrenden Kriegsgefangenen braucht. In jedem Ort weiß man doch ganz genau, wieviel Krieger sich in Gefangenschaft befinden. Man weiß also auch, für wie viele Mann Angänge bereit zu halten sind, könnte also gut zur Ausgabe an die übrigen Krieger scheitern. Es scheint aber immer noch der alte Schandrian weiter zu bestehen. Die jungen Leute, die auf den Büros warten, haben die besten Angänge und Lieberzettel — nicht Mäntel — erhalten, an die Herren Franzosen kommen sollen, ein Angang und Lieberzettel für 135 M. abgegeben worden; nun ist denselben auch noch das Geld — soweit es noch nicht bezahlt worden, nachgelassen worden. Kam aber um jene Zeit ein ganz gemeiner Soldat, dessen Angang vom Feld noch verfehlt und voll ungezier war, so sagte man ihm: „Sie sind keine neue Angänge mehr vorhanden, aber: wenn Sie einen alten wollen, — können Sie bekommen.“ — Wir bitten die maßgebende Stelle, doch dafür zu sorgen, daß auch die übrigen Kriegsteilnehmer ihre Angänge erhalten, den jetzt wohl jeder Arbeiter gebrauchen kann.

8. Weiskirchen, 8. Dez. Die 5. st. A. L. Innerhalb 3 Wochen wurden in hiesiger Gemeinde 3 Kinder gestorben, davon 2 trübselig und 1 ein Jahr alt.

1. Au a Rhein, 8. Dez. Bei der am 4. Dez. stattgefundenen Verpachtung der Gemeindegänge wurde ein Pachtzins von 5100 M. erzielt. Der bisherige Pachtzins war 4500 M.

1. Durrmühlheim, 8. Dez. Der Kampf gegen den Schleichhandel. Der Landwirt Anton Kary II von hier wurde wegen Vergehens gegen die Milchverforgung vom Schöffengericht Naßau zu einer Geldstrafe verurteilt.

Neuburgweiler, 8. Dez. Die heutige Mitteilung betreffend Beschlagnahmen beim Bürgermeister und Herrn Reichert ist falsch; weder bei Bürgermeister noch bei Herrn Reichert wurde eine Beschlagnahme vorgenommen. Die Mitteilung ging uns von einem vertrauenswürdigen, und als zuverlässig bekannten Berichterstatter zu; es besteht aber die Möglichkeit, daß am Telefon der Namen des Ortes falsch verstanden wurde. (D. Med.)

Sasbach b. Albern, 8. Dez. In der letzten Zeit treiben die Wilderer hier ihr Unwesen mit großer Unverfrorenheit. Als ein Bauer auf dem Felde aederte, pflügte die Äugeln der Wildbiede an ihm vorbei und eins der Geschosse traf den schönen Oszen des pflügenden Landmannes.

Lahr, 6. Dez. In das hiesige Amtsgefängnis wurden zehn Gefangene eingeliefert, die bisher im Freiburgiger Landesgefängnis saßen, von dort aber verfehlt werden mußten, da das Freiburgiger Gefängnis überfüllt ist.

1. Emmendingen, 7. Dez. Hier ist der Sohn des Maurers Wipert aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrt, dem es gelang, mit noch vier Kameraden zu entfliehen. Wie man hört, erfahren die Rückflücker durch die deutschsprechende Bevölkerung Lothingens tatkräftige Unterstützung.

der Gemeindegänge in Weimbach im Biesental, deren jährliches Erträgnis bisher 2500 M. war, wurden diesmal ein jährlicher Erlös von 15 000 M. erzielt.

1. Freiburg, 7. Dez. Wegen die mit dem Schleichhandel in Verbindung stehenden Gasthäuser und Wirtschaften wird von dem Lebensmittelamt und der Polizei scharf vorgegangen. Eines in dieser Hinsicht bekannte Lokal, der „Neustädter Hof“ in der Schwarzwalddstraße, wo ständig warfenfreies Fleisch an die Gasse abgegeben wurde, ist nun zum drittenmal und zwar diesmal auf 14 Tage geschlossen worden. Inzwischen ist der Wirt von neuem zur Anzeige gelangt, weil er hinter verschlossenen Türen Gasse bewirtete, welche die Sozialisten durch eine Spitzturture betreten.

Markdorf (Bodensee), 7. Dez. Nach einem kurzen Wechsel aert der Pferdehändler Christian Benz von Rimmenshausen berart in Bus, daß er blindlings mehrere Bittolenshöfche abgab. Hierbei wurde der beehrlichte Pferdehändler Josef Ams aus Weiskirch so unglücklich getroffen, daß er alsbald starb. Der Äster wurde bestraft.

Reidelsberg, 6. Dez. Zwei Unbekannte klopften gestern abend an der Villa des pensionierten Beamten Dohert in Ziegelhausen an. Als der Hausherr öffnete, wurde ein Schuß abgegeben, der ihn in der Herzgegend traf, jedoch nicht lebensgefährlich ist. Die beiden wollten offenbar Dohert herausbringen. Die beiden der Verletherkommission. Das Staatsministerium hat schon eine Verordnung erlassen, wonach für die Tätigkeit der mit der Vermittlung des Verkehrs nach den besetzten Gebieten betrauten Verletherkommissionäre Gebühren in Höhe von 50 M. bis zu 5 M. erhoben werden. Die Gebühren betragen für die Ermittlung einer Einzelreiseausreise oder für ihre Erneuerung 2 M., für die Ermittlung eines Tagesreiseausweises 50 M. Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte sind, wenn sie das besetzte Gebiet in Ausübung ihres Dienstes betreten, von den Gebühren befreit.

Schäßreife für Kleie. Das Ministerium des Innern hat folgendes Verordnet: Die Kommunalverbände dürfen bei Abgabe der ihnen aus der Selbstwirtschaft anfallenden Kleie an die Verbräuder innerhalb ihres Bezirkes den Preis von 32,50 M. bei 100 Kilogramm brutto für netto ohne Sod ab nicht überschreiten. Die Kommunalverbände können bei Abgabe der Kleie an die Verbräuder zu diesen Preisen noch 75 M. und außerdem ihre Ausgaben für Fracht und Fuhrlohn zuschlagen.

Einfuhrverbot für Tiere aus der Schweiz. Wegen Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in der Schweiz wurde die Ein- und Durchfuhr von Rindvieh und Ziegen aus diesem Lande nach und durch Baden bis auf weiteres verboten.

Gemeindepolitik.

1. Freiburg, 7. Dez. Der Stadtrat hat nach wiederholter eingehender Beratung den Beschluß gefaßt, das Stadttheater spätestens mit Beginn der Spielzeit 1920/21 wieder in eigenen Betrieb zu nehmen. Unter Leitung des jetzigen Direktors Schwantje wurde eine genossenschaftlich-wirtschaftlich gemischter Betrieb des Stadttheaters eingeführt, der im ersten Spieljahr, sowohl für die Theaterleitung, wie auch für die Stadtkasse günstig abschloß.

Die badischen Städte und das Landesbesteuerungsgesetz. Der Vorstand der bad. Städte der Städteordnung und der Verband der mittleren Städte Badens haben in gemeinsamer Besprechung zu dem Entwurf eines Landesbesteuerungsgesetzes Stellung genommen und dabei u. a. die Forderung erhoben, daß im Landesbesteuerungsgesetz der Gemeinden das Recht eingeräumt wird, zur Reichseinkommensteuer Zuschläge zu erheben. Wird den Gemeinden dieses Recht nicht anstandslos, so werden sie nicht in der Lage sein, die kulturellen und sozialen Aufgaben weiter zu erfüllen. Des weiteren wurde gefordert, daß § 5 Abs. 2 des Landesbesteuerungsgesetzes bei dahin abzuändern, daß Änderungen in der Höhe der Steuer in Betracht kommen, wenn sie von Ländern und Gemeindeverbänden bis zum 31. Dezember 1919 beschlossen worden sind.

Berichtszeitung.

Wegen Schwarzschlächtere wurde der Metzgermeister August Kull aus Bernbach zu drei Wochen Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe vom Schöffengericht Forstheim verurteilt. Kull hat Schwarzschlächtere in größerem Umfang vorgenommen. Seine Komplizen erhielten Geldstrafen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 9. Dezember.

Schieber!

Kriegsgewinnler. Autoverleiher. Auto. Restorant. Kaffee. Laßschuß. Schweifzug. Seidenfäden. Gabelstühlfuhr. Penkel trocken. Fortelangen. Spinnwebbau. Innerlich ein leter Schlauch. Schwarze Fingernägel. Klinge. Kunstwerkstand vom Halbgeschlinge. Schiebt sich was und hat sich was. Uebel wie Katrinengas. Hirt. Kulu. Knitterhufen. Weggermeisterfeste Blusen. Sakramento! Schmerenot! Soll, sie schieben dich noch tot! Brenn den Lumpen zum Exempel! Auf dem Hintern einen Stempel!

Schlechter Stand unserer Kartoffelverforgung.

Die Verforgung der Stadt Karlsruhe mit Kartoffeln durch die badische Kartoffelverforgung ist immer noch vollständig unzulänglich. Mit dem noch vorhandenen Lagerortrat können auch die Kriegsleistung, die Krankenhäuser, Anstalten und Wirtschaften nur noch wenige Tage beliefert werden, während für die Allgemeinheit keinerlei Vorräte mehr zur Verfügung stehen. Der Mindest-Wochenbedarf an Kartoffeln für eine Ausgabe von 8 Pfund beträgt hier 3000 Tonne. Angesichts dieser Notlage richtet der Stadtrat an das Ministerium des Innern die bringende Bitte um befristete Kartoffelzufuhr oder um sofortige Ausgabe einer genügenden Menge Ersatzmittel, vor allem Mehl, da ohne die letzteren die Ernährung der Bevölkerung nicht durchgeföhrt werden kann. Ferner erjudt der Stadtrat das Ministerium, dahin zu wirken, daß die Landesbevölkerung durch die Amtverordnungen, seitlichen, Lehrer und sonstige geeignete Personen über die Notlage in den größeren Städten aufgeföhrt und dadurch zur Ablieferung von Kartoffeln bereitwillig wird.

Der Saal ist geheizt!

Wenn Arbeitervereine zurzeit für Veranstellungen die Zeit halle erwerben, so wird ihnen dabei bedeutet, daß dieselbe nur ungeheizt zu haben sei. Und in der Tat war es auch so. Die Revolutionsfeier unserer Partei, sowie das Stichtingfest des Gefangenenvereins „Vorwärts“ z. B. standen in Punkt Temperatur auf freierender Wüste. Anders ist jedoch bei Veranstellungen bürgerlicher Vereing. Dort herrscht molle Wärme, man ist sogar in der

Nr. 287. Lage, im Saal angeführungsst während großer konnte. hier mit der, die Wärme im Griff im Galt Lebensmitten die schiede, Tabakart Kiefer ar best gründen, fammer, Gemeinsh wird bestreter de über den lebsthe lution wirtschaf mit. Was über 3 u Generad werktäch demnächst herbeizuf gewer eingeleit worden. Man mi würden deren Br den Ding schlag vor folge 20 800 000 A nur 200 überhaup schloßen, zu behan Roll. Rothill böllig ab den abri wurde. nahm. in Karlsruhe die Errie werkslehen e n lednische barun jation an der städt Einrichtu

Beich

Die Au gihung Rumme

Beic

Gene, im betr. Inserat freudstrahlend zu verkünden: „Der Saal ist geheizt!“ Als Illustration dazu sei die Tatsache angeführt, das der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“ sein Stiftungsfest im ungeheizten kleinen Festsaal abhalten mußte, während zu gleicher Zeit ein bürgerlicher Gesangverein im großen Saal sein Stiftungsfest bei angenehmer Wärme feiern konnte. Wir richten hiermit an den Stadtrat die Frage: Wird hier mit zweierlei Maß gemessen und wo kommen die Kohlen her, die bei den Veranstaltungen bürgerlicher Vereine ihre Wärme spenden? U. A. m. g.

Kollverammlung des Gewerkschaftsartells.

Br. Das Gewerkschaftsartell Karlsruhe hielt am 4. Dez. im Gasthaus zum „Goldenen Adler“ eine Kollverammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Mittellunnen, 2. Die Lebensmittelfrage, 3. Technische Notthilfe. Unentschieden fehlten die Vertreter der Chorführer, Kesselfeuer, Glaser, Kupferschmiede, Kürschner, Lederarbeiter, Metallarbeiter, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Textilarbeiter und Musikerverbände. Kollege Kiefer berichtet über die Reform des Rotstandsarbeiten. Es sei beabsichtigt, eine Gesellschaft m. b. H. zu gründen, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Die Handelskammer, die Gewerkschaftskammer, die Stadtgemeinde und das Gewerkschaftsartell sollte sich finanziell daran beteiligen. Es wird beschlossen, diese Neugründung zu unterstützen. — Der Vertreter der Gastwirtschaftlichen gab hierauf einen Bericht über den Stand ihrer Lohnbewegung, an den sich eine lebhafte Diskussion angeschlossen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die vollste Unterstützung des Gewerkschaftsartells dem Kampfe der Gastwirtschaftlichen zugesichert wird.

Aus den Kreisen der Metallarbeiter wird Klage geführt über die Zugüberlegung, wobei zu erkennen sei, daß sich die Generaldirektion mehr nach den Arbeitern der Eisenbahnbauwerke als nach der übrigen Arbeiterschaft richte. Aufgabe demnachstiger Besprechungen wird es sein, hier andere Regelungen herbeizuführen. — Aus Gehilfenkreisen im Bäckerergewerbe wurde berichtet, daß auch hier sich wieder Mängel einschleichen hätten. Das Brot sei in letzter Zeit schlechter geworden. Die Preisen hätten vielfach nicht das nötige Gewicht. Man müsse ein Einheitsbrot fordern. Einzelne Bäcker würden das ihnen zugewiesene Mehl fressen, um es zu anderen Zwecken zu verwenden. Von einem Vertreter, der in diesen Dingen Bescheid weiß, wurde mitgeteilt, daß der Protokollschreiber von 4 1/2 pro Loth, der feineren der Bäckereimeister in Folge Lohnrückzahlung zugewilligt wurde, denselben im Jahre 200 000 M. betrage; dabei beschäufte ein Teil der Meister überhaupt keine Gehilfen. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, diesen Punkt bei der nächsten Versammlung eingehend zu behandeln.

Koll. Hof berichtete sodann über den Stand der Techn. Notthilfe, bei welcher Koll. Winterhuber scharf seinen böllig ablehnenden Standpunkt begründete, der allerdings von den übrigen Diskussionsrednern nicht in allen Teilen gebilligt wurde. Folgende Entscheidung fand mit großer Mehrheit Annahme. Das Gewerkschaftsartell der freien Gewerkschaften in Karlsruhe stellt sich nach einer eingehenden Aussprache über die Errichtung einer „Techn. Notthilfe“, wie sie die Gewerkschaftskammer am hiesigen Orte propagiert, auf einen ablehnenden Standpunkt. Für die Errichtung einer technischen Notthilfe auf der Grundlage einer freien Vereinbarung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen treten die Organisationen voll und ganz ein, verlangen aber unter allen Umständen seitens der Regierung und der städt. Behörden vollständige Neutralität gegenüber dieser Einrichtung. Die freien Organisationen der Angestellten und

Arbeiter in Karlsruhe haben bisher bewiesen, daß sie niemals lebenswichtige Betriebe in Gefahr gebracht und stets den Weg der gegenseitigen Verständigung gesucht haben. Sie werden sich nur an einer technischen Notthilfe beteiligen, welche ihre Beschlüsse über einen eventuellen Einfluß in lebenswichtige Betriebe selbst faßt und nicht von behördlichen Organen verfaßt wird. Nach Bekanntgabe weiterer Mitteilungen wurde die Versammlung um 1/2 11 Uhr geschlossen. — Die nächste Versammlung ist am Donnerstag den 11. Dezember im Lokal zum „Löwenrachen“.

Sozialdem. Verein Karlsruhe, Mittwoch abend 6 Uhr Vorstandssitzung im „Auerhahn“.

Sozialdem. Verein, Bezirk Altstadt, heute abend 8 Uhr Ausschuß-Sitzung bei Gen. Sitt, Adlerstraße 8.

Kinderschulskommission. Die Kinder, welche am morgen Mittwoch nachmittag im „Auerhahn“ stattfindenden Märchenabend teilnehmen wollen, werden um 1/2 4 Uhr an den bekannten Sammelplätzen der Mittel-, Alt-, Süd- und Südweststadt vor den Frauen abgeholt und ins Lokal geführt. Die Eltern werden gebeten, die Kinder rechtzeitig an die Sammelplätze zu schicken.

Vi. Aus der Angestellten-Bewegung. Die Arbeitsgemeinschaft der Angestellten-Organisationen in Karlsruhe nahm Veranlassung, ihre Mitglieder in militärischen und staatlichen Stellen am Mittwoch, den 3. Dez. im großen Saale des Restaurants „Löwenrachen“ zur Stellungnahme zum neuen Tarifvorschlag des Standortkommandos, ferner zur Verhandlung der Forderung der einmaligen Beschäftigungsbefähigung zu hören. Der Beginn der Versammlung war der Saal dicht besetzt. Kollege Oberle wies mit Genugtuung auf das große Interesse hin, das die Kollegen der intensiven Verhandlung entgegenbrachten. Der Referent des Abends, Kollege Dreßbach, gab der Versammlung Aufschluß über die neuen Sätze. Anschließend leitete eine rege Diskussion über die Annahme bzw. Nichtannahme der Sätze ein, es waren besonders die Kollegen Wörner, Kiefer und Wenzelmaier vom Zentralverband, die zur Klärung der Sache wesentlich beitrugen.

Der Tarif wurde mit einem kleinen Verbesserungsorschlag einstimmig angenommen. Der 2. Punkt betraf die Beschäftigungsbefähigung, die als einseitig als ungerecht in den Punkten empfunden wird, das als Stichtag der 3. September 1919 festgesetzt wird, jedoch viele bedürftige Kollegen keinen Nutzen davon haben. Die Abänderung dieser Bestimmung dahin, daß diese Kollegen ebenfalls, wenigstens zu einem bestimmten Bruchteil, eine Zulage erhalten sollen, wurde einstimmig gewünscht. Bei Punkt Vertriebens wurde von mehreren Angestellten lebhaft darüber Klage geführt, daß es die Behörden mit ihren bürokratischen Maßnahmen vielfach an dem nötigen Wohlwollen gegenüber den gelerntem und erfahrenen Kaufleuten fehlen lassen und dadurch die Arbeitsfreude beeinträchtigen. Hier wurde lebhaft Nachhilfe gefordert und in Aussicht gestellt.

Siedlung Eichenruht. Im Horbwalde, 5 Kilometer nördlich vom Karlsruher Schloß, unweit des Saltpunktes Wüchig, ist nunmehr die Errichtung einer Siedlung geplant. Es sollen zum Bau der Häuser verschiedene Sparbauweisen in Anwendung kommen. Im Gegensatz zu den üblichen Genossenschaftsiedlungen sollen die Grundstücke mindestens 2500 Quadratmeter groß sein. Es ist weitgehende Heranziehung der künftigen Siedler zur Rodung des Waldes und zum Bau der Häuser vorgesehen. So hofft man, die Baukosten stark zu verringern. Anmeldungen arbeitswilliger Siedlungslustiger aller Berufsstände werden von der Geschäftsstelle bei in der Bildung begriffenen Genossenschaft, die sich Schloßplatz 23 Mitte, befindet, entgegengenommen.

Na. Hilfeleistung für die Wiener Kinder. Wie in anderen Städten, ist auch hier eine Hilfsaktion für die Kinder Wiens eingeleitet worden, um sie in Familien unterzubringen und Lebensmittel für sie zu sammeln. Der Stadtrat hat beschlossen, dieses Liebeswerk durch Vereinstellung von Mitteln für seine Einleitung und Durchführung zu unterstützen. Daraus ist an das Bürgermeisteramt hier folgendes Telegramm aus Wien eingetroffen: „Derlichen Dank für die warme Hilfsbereitschaft und große Opferwilligkeit Ihrer Stadt hinsichtlich der Unterbringung Wiener Kinder. Bürgermeister Reumann.“

Ehle Spende. Auf eine Anregung des Rechnungsrats Engelhardt in Heberlingen haben sich dort Menschenfreunde zu einem Ausschuss zusammengesetzt, um in Heberlingen und Umgebung eine Obdachlosensammlung auszuüben von Kindern Minderbemittelter der früheren Städte Wadens und der in Not befindlichen Bevölkerung des Traubgebirges zu veranstalten. Die Sammlung erobert 700 Rentner Kessel. Dabei erhielt die Stadt Karlsruhe 274 Rentner, durch die 2700 bedürftige Kinder aus der Volksschule errettet werden können.

Veranstaltungen.

Na. Städtische Konzertveranstaltungen in der Festhalle. Der Stadtrat hat beschlossen, an den beiden diesjährigen Weihnachtsfesttagen (25. und 26. ds. Mts.) in der Festhalle Konzerte feineren Stils zu veranstalten, um der Bevölkerung künstlerische Genüsse zu bieten, die ihr an diesem Orte und an solchen Tagen seit langem nicht mehr bereitet wurden. Es soll damit der Anfang gemacht werden zu einer Reihe von ausserordentlichen städtischen Konzertveranstaltungen in der Festhalle, die geeignet sind, in der jetzigen so schweren Zeit allen Klassen der Bevölkerung für verhältnismäßig geringes Entgelt Stunden der Erbauung und Erholung zu gewähren. Für die Konzerte an beiden Festtagen ist die frühere Volksgrenadierkapelle verpflichtet worden. Sodann haben sich dafür hervorragende Solisten des Badischen Landesballets zur Verfügung gestellt. Für den ersten Festtag ist ein Konzert ersten Charakters (ohne Wirtschaftsbetrieb) vorgesehen, für den zweiten ein solches heiterer Art (mit Wirtschaftsbetrieb). Die Eintrittskarten (zu 2, 1 und 1/2 M.) werden im Vorverkauf und an den Kassen der Festhalle abgegeben werden. Näheres hierüber folgt nach.

Der Karlsruher Schwimmverein E. V. veranstaltet am Donnerstag, 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Saal 8 Schrempf, einen Lichtbilder-Vortrag, wozu Mitglieder und Angehörige eingeladen sind.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe.

Wir geben hiermit den Mitgliedern die Funktionen der Partei bekannt, um ihnen ganz besonders über das rechtzeitige Einziehen der Beiträge, bei Anmeldungen und Umlagen den Verkehr zu erleichtern und bitten wir sie diesbezüglich an unterstehende Genossen zu wenden:

- Hermann Lang, Hauptkassier, Kaiserstr. 40 I.
- Altstadt: Obmann: Franz Sitt, Adlerstraße 8 III; Bezirkskassier: Rud. Neumann, Kaiserstr. 78 S. IV.
- Mittellstadt: Obmann: Jos. Kiefer, Leopoldstr. 25 IV; Bezirkskassier: W. Krabl, Blumenstr. 8 S. II.
- Südstadt: Obmann: Frz. Weiler, Rappurstr. 22 III; Bezirkskassier: G. Krüger, Luisenstr. 46 IV.
- Südweststadt: Obmann: Hermann Wolf, Voelckstr. 82 IV; Bezirkskassier: Karl Weder, Moosstr. 81 II.
- Oststadt: Obmann: Friedrich Stoll, Rudolfstr. 24 IV; Bezirkskassier: Ph. Seyferth, Gottesauerstr. 20 IV.
- Weststadt: Obmann: Karl Döringer, Eisenlocherstr. 20 IV; Bezirkskassier: Georg Grees, Soffenstr. 83 I.
- Beiertheim: Val. Müller, Maria Alexandrasstr. 22.
- Darftanden: Herm. Müller-Würh, Römerstr. 2.
- Grünwinkel: Rud. Wante, Durmersheimerstr. 45 I.
- Mühlburg: Obmann: Peter Mehlum, Gluckstr. 4 III; Bezirkskassier: Rud. Böber, Hardstr. 20 IV.
- Rintheim: Friedrich Wörner, Ernststr. 48.

Zeichnungsschluß: 10. Dez. 1919 * Einzahlungstermin: 1.-8. Januar 1920 * 1. Ziehung: März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Jährliche Gewinne:		
10 Gewinne zu	Martk 1 000 000	Martk 10 000 000
10	500 000	5 000 000
10	300 000	3 000 000
10	200 000	2 000 000
20	150 000	3 000 000
40	100 000	4 000 000
100	50 000	5 000 000
200	25 000	5 000 000
400	10 000	4 000 000
600	5 000	3 000 000
800	3 000	2 400 000
800	2 000	1 600 000
2000	1 000	2 000 000
5000 Gewinne	Martk 50 000 000	

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Ziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Martk.

Zahlungswweise: Für jedes Stück von 1000 Martk sind zu zahlen 500 Martk in Kriegsanleihe und 500 Martk in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Martk in bar, die restlichen 400 Martk und die 500 Martk Kriegsanleihe 1.-8. Januar 1920.

Beleihung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses befristet.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.

Bekanntmachung.

Die Zustellgebühren für Expresse für den Stadtbezirk sind mit sofortiger Wirkung um 10-20% erhöht worden.
Die Fuhrleute führen berechnigte Tarife mit.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1919.
Stationsamt.

Die Lieferung des Bedarf an **Fielsch-u. Wurstwaren, sowie an Brot** für das städt. Altersheim und das städt. Kinderheim, sowie für die städt. Altkasse, Scheffelstr. 87, und die städt. Luifentrippe, Boumeisterstr. 66,
soll für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis einschließlich 31. Dezember 1920 vergeben werden.
Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens Samstag, den 13. Dezember d. J., vorm. 10 Uhr, beim städt. Armenrat (Mathaus, 3. Etod, Zimmer Nr. 116), wo auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können, einzureichen.
Die Angebote sind in Prozenten unter den festgesetzten Höchstpreisen zu stellen.
Die Wahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.
Karlsruhe, den 2. Dezember 1919.
Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge.

Gebäck-Verteilung.

Das laut Wochenverteilungsplan vom 5. Dezember 1919 zur Verteilung gelangende Gebäck wird nicht, wie dort angegeben, auf die Haushaltsmärkte Nr. 76, sondern auf die Haushaltsmärkte Nr. 77 abgegeben.
Karlsruhe, den 8. Dezember 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichterte Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützig. Hausratgesellschaft **Badischer Baubund G. m. b. H.** Karlsruhe
Karl-Friedrichstrasse 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Aufruf!

Schmerzliche Kunde kommt aus allen Teilen Deutsch-Österreichs, besonders aus Wien, zu uns: Die Bevölkerung ist von furchtbarer Hungernot heimgegriffen. Hunderte von blühenden Kindern sind bereits infolge Entbehrung und Ermattung Opfer des Todes geworden, und um das Leben von vielen Tausenden bangen die von Hunger und Kälte gefolterten Eltern.
Da erwächst uns die Pflicht zu helfen, wenn wir auch selber in Not sind. In anderen Orten Deutschlands regen sich helfende Hände. In mehreren badischen Städten haben sich bereits über tausend Familien erhoben, arme Wienerkinder den Winter über als Gäste bei sich aufzunehmen.
Auch an die Bevölkerung der Stadt Karlsruhe und der umliegenden Landbezirke wenden sich die Hilfsrufe nicht ohne Erfolg richten.
Jeder der Platz hat für ein anspruchsloses Wienerkind möge sich bei der Geschäftsstelle des Karlsruher Tagesblatts, bei den Mitgliedern des unterzeichneten Arbeitsausschusses oder bei dessen Geschäftsstelle melden und seinen Namen in die dort aufstehende Liste eintragen. Bildet Mangel an Betten das Hindernis zur Aufnahme eines Kindes, so stellt der Ausschuss für Ferienkolonien aus seinen Vorräten eiserne Bettstellen und warme Decken gerne zur Verfügung.
Den aufnehmenden Familien werden vom Kommunalverband die Lebensmittelkarten wie auch sonst bei Zuwachs von Familienangehörigen zugewiesen.
Wer aus Mangel an Raum oder Lebensmitteln nicht in der Lage ist, Kinder aufzunehmen, wolle Hilfsbeiträge leisten, die es unter Umständen ermöglichen, einen Teil der zu versorgenden Kinder in Kinderheimen unterzubringen. Auch sollen Kleingeldspende und weitere Lebensmittel beschafft und den Familien zugewiesen werden, welche sich der Kinder annehmen.
Wahns Bevölkerung war immer an einer der ersten Stellen, wenn es galt, leidenden Mitmenschen Gutes zu erweisen. Rasche Hilfe ist jetzt dringender geboten, da es sich darum handelt, unseren Brüdern in der furchtbarsten Lebensnot rechtzeitig beizuhelfen. Geste jeder, segt er kann durch Aufnahme eines Kindes oder durch eine Geldspende. Durch eilige Hilfe können wir den bedrängten, bekümmerten Eltern das schönste Weihnachtsgeschenk bieten.
Der Arbeitsausschuss für die Unterbringung Wiener Kinder in Karlsruhe:

Stadtschulrat Heinrich Dürr, Vorsitz. 61, Vorsteh. ber, Sekretär Karl Gebelien, Müppurstr. 36 III, Schriftführer, Parteisekretär Walter Baummeister, Blumenstraße 3, Hauptschriftleiter Dr. Heinrich Dröbe, Diefstr. 9, Frau Antonius Gies, Redaktionsstr. 19, Stadtpfarrer Artur Kaminski, Herbststr. 1, Direktor Hans Otto Nordens, Schürmerstr. 1, Frau Stadtr. Anna Richter, Eitlingerstr. 67, Privatmann Dr. Friedrich Stroche, Eifelstr. 74 - Zimmer 101 - Österreichischer Konsul Geriberg Kroll, Gartenstraße 15, Pfarrer Paul Berner, Kreuzstr. 23, Geschäftsstelle des Ausschusses: Kreuzstraße 15, 3. Etod, Zimmer Nr. 27. Telefon 5316 bis 5318.

Rausch & Pester

Atelier vornehmer Photographie
Vergrößerungs-Anstalt
Erbprinzenstrasse 3 am Rondellplatz
Fernsprecher Nr. 2678.



Vergrößerungen
auch nach alten und schlechten Originalen, in mustergültiger und fachmännischer Ausführung.
Schnellste Lieferung.

Aufruf!

Weihnachten steht vor der Tür. Um den Kindern der im Kriege gefallenen Kameraden auch eine Weihnachtsfreude zu bereiten, brauchen wir die Mithilfe der Einwohnerschaft von Karlsruhe. Den Kindern der Hinterbliebenen fehlt der sorgende Vater, die Mutter kann mit den bescheidenen Renten ihren lieben Kleinen nichts bieten.

Hier wollen wir helfen hier müssen wir helfen

Wir wenden uns daher an die Öffentlichkeit mit der herzlichen Bitte, uns Gaben und Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Reichsbund der Kriegs-Beschädigten, Kriegs-Selbstnehmer und Kriegs-Hinterbliebenen Bezirks-Verein Karlsruhe i. B.

Der Gesamtvorstand:
1. Vorsitzender 2. Vorsitzender 1. Schriftführer 2. Schriftführer
Hodel Kling Käbner Hemmerle
Die Bezirksleiter:
Gobapp, Siegel, Schilling, Wenzel, Binnig.

Gaben erbitten wir nach unserer Geschäftsstelle Weierheimer Allee 10. - Geldwendungen können auch an unseren Kassier, Herrn Wilhelm Hemmerle, Karlsruhe, Postfachkonto Nr. 17 568 gesandt werden, wobei wir um den Vermerk: „Weihnachtsgabe für Hinterbliebene“ bitten.

Möbelhaus
Ausstellung:
Ecke Kaiser- u. Douglasstr.
(Hauptpost)

Gut bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen!

Hauptlager:
Mühlburg, Philippstr. 19
(Strassenbahn-Haltstelle)

Gebr. Kappert

Herren-Hüte
worden gewaschen gefärbt und modernisiert bei der **Mittelbadischen Hut-Fabrik** Schneider & Hanselmann
Karlsruhe **Kriegstr. 70**

Zentral-Verband der Angestellten

Bezirk Karlsruhe.
Dienstag abend 7/8 Uhr in der „Krone“

Sektions-Versammlung

der Sektionen f. J. u. Sp. Jugendabteilung.
Die Versammlungen finden nunmehr jeden Dienstag abend 7/8 Uhr im „Klosterbräu“ statt. 8619

Karlsruher Schwimm-Verein

Donnerstag, 11. Dez., abends 8 Uhr im Saal III Schrempy **Lichtbilder-Vortrag** des Herrn Engel. Mitglieder und Angehörige sind freundlichst eingeladen, Eintritt frei. 8605

Lichtige Heizungs-Monteur

per sofort gesucht.
Julius Köhler Gerrenstr. 48. 8620

Blauer Ueberzieher,

blaus Capes, für 12jähr. Jungen. **Militärmantel, selbst. Mäntel u. Anzweihen, Trikotonterhosen** preiswert abgegeben. 8618
Altekrad, Eisenweinst. 82.

Wasser-Reservoir

für Gärtner, ca. 5000 Liter, ist billig zu verkaufen bei **Reuter, Gulach, 8608** Grünhildenerstraße Nr. 10.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 6814
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421

Polzwaren
Colliers, Kragen, Muffen.
Moderne Formen Solide Verarbeitung
Grosse Auswahl in **Alaska-Fuchs**
sowie allen anderen 6785
Polz-Arten,
Zirkel 32, 1 Trepp
W. Lehmann
im Hause der Fahrradhandlung

Badische Kleider-Klinik
Zirkel 30. - Telefon 4120.
Reparatur, Bügel- und Reinigungs-Anstalt
Umwandern sowie Inkaufsetzen von Herren- und Damen-Garderoben.
Prompt - gut und billig.
Wolf Amstomsch.
8212

Kaufst. Kaufst.

Verkauf von **Alt- u. Neu-Möbel**
Beschäftigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Ernst Kratz
Kaisersstr. 199a
Waldes-Eck.
Solinger Stahlwaren

Leipziger gute echte PELZE

Nur moderne Formen gute Verarbeitung grosse Auswahl sehr mässige Preise
Besonders große Auswahl und billig!
Alaska-Füchse!
Keine teure Ladenmiete
Karl-Friedrichstrasse 6
1 Trepp
K. Schorpp
Reben Pa. Spiegel & Wels
Nähe Schlossplatz.

Schnukelgaul

zu verkaufen.
Zu erfragen unter Nr. 8601 im Volksfreundbüro.

Offenburger Anzeigen.

Einladung.

Die verehrlichen Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer öffentlichen Sitzung auf Freitag, den 12. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr in den Bürgeraal hiermit ergebenst eingeladen. 8629

Tagesordnung:

1. Gewährung einer Beschaffungszulage an die städt. Beamten, die Lehrer der Volksschule, die städt. Arbeiter und die Erhebung einer Nachtragsumlage.
2. Besetzung der Stelle des Gemeinderichters und des Schiedsmannes für streitige Rechtsangelegenheiten.
Offenburg, den 6. Dezember 1919.
Der Stadtrat.

Grundstücksverpachtung auf dem Egersterplatz und im Gewann Dunkelshlag.

Die Stadtgemeinde Offenburg verpachtet auf dem Egersterplatz Ackerstücke von je 18 Ar Größe auf die Dauer von neun Jahren. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß auf der zur Ausrichtung vorgesehenen Waldparzelle im Gewann Dunkelshlag zwischen Schulterdörferstraße und Lokalbahn Offenburg-Altenheim etwa 16 Hektar Ackerland zur Verpachtung bis Frühjahr 1920 zur Verfügung stehen. Das Gelände wird in Lose von 18 Ar und in eine Anzahl Kleingärten von 4-9 Ar Größe eingeteilt werden.
Pachtinteressenten wollen sich in der Zeit vom 8. bis 18. Dezember d. J. nachmittags 1 Uhr auf dem Stadtbauamt anmelden, woselbst auch die Pachtbedingungen eingesehen werden können.
Offenburg, den 6. Dezember 1919.
Der Stadtrat.

Den Bürgermeisterämtern sind vom Badischer Ministerium

Gedenblätter zur Verteilung an ehemalige Kriegsteilnehmer und an Hinterbliebene derselben zur Verfügung gestellt worden.
Die Gedenblätter können auf dem Rathaus, Zimmer 14, zwischen 8 und 12 und 1 und 5 Uhr in Empfang genommen werden. 8624
Offenburg, den 6. Dezember 1919.
Bürgermeisteramt.

Die Volksbäder im Mädchenschulhaus Offenburg

sind am Mittwoch von 1-8 Uhr für Männer geöffnet. 8625

Soziald. Verein Karlsruhe.
 Mittwoch, den 10. ds. Mts., abends 7 Uhr
 findet im „Zur Sän“, Schützenstraße 69
Mitglieder-Versammlung.
 Tageliste:
 1. Vortrag des Genossen Eugen Geß, Stadtrat
 und Mitgl. d. V. G. über das Thema:
Wahnen bekommt eine neue Gemeinde-
verfassung. Wie soll sie beschaffen sein?
 2. Wahl der Delegierten zu der am 15. ds. Mts.
 stattfindenden Wahlkreis-Konferenz.
 Hierzu werden die Mitglieder mit dem Ersuchen
 am zahlreiches Erscheinen freundlichst eingeladen.
 8525 Der Vorstand.

Soziald. Partei Karlsruhe
Frauen-Sektion.
 Donnerstag, den 11. Dezember, abends
 7/8 Uhr, in der „Goldenen Krone“
Frauen-Versammlung.
 Vortrag des Herrn Hauptlehrer Meyer (Weingarten)
 über:
Strafrecht und Verbrechen.
 Am zahlreiches Erscheinen bittet 8599
 Der Vorstand.

Arbeiter-„Frauenchor“ Karlsruhe
 Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags
 1/4 Uhr, findet in der „Walhall“, Augartenstr. unsere
Weihnachts-Feier
 verbunden mit Theater-Aufführungen und Gaben-
 Verlosung statt.
 Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder
 und Angehörigen nebst Freunde und Gönner freund-
 lichst ein. (8613) Die Vorstand.

Einwohnerwehr Karlsruhe
Appell der 5. Komp.
 (Südabschnitt)
 Lehrer-, Bäcker- u. Eisenbahner-Zug
 Dienstag, den 9. Dezbr., abends 6 Uhr
 — Turnhalle der Schule Gartenstr. 22. —

Badisches Landestheater.
 Dienstag, den 9. Dezember 1919. 8612
Eine Nacht in Venedig.
 Komische Oper in 3 Akten von Johann Strauss.
 Anfang 7 Uhr. Mk. 6. Ende 10 Uhr.
 Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7/8 Uhr
Driftes Sinfonie-Konzert
 des Opern-Orchesters des Landestheaters.
 Dirigent: Fritz Cortolezis.
 Solistin: Hertha Dehmiow (Altistin).
 Vortragsfolge:
 Frau Aventure, Ouvertüre von Hermann Noetzel
 Lieder mit Klavier von Schubert und Schuhmann.
 1. Sinfonie B-dur von Schuhmann.
 Grosse Preise. 8531

Mit Wirkung vom 1. Januar
 1920 wird der Zinsfuß bei
 unserer **Hinterlegungs-**
kasse auf 3% ermässigt.
Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit
 vormals
Allgemeine Versorgungs-Anstalt.
 8606

Mandolinen, Gitarren, Lauten
Zithern, Ziehharmonikas
Mundharmonikas
u. sonstige Musikinstrumente
 offeriert billigst
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
 52 Kronenstrasse 52. 8543

Zirkus Henny (Winterbau)
 Karlsruhe — Messplatz
 Haltestelle vor und nach der Vorstellung nach allen Richtungen
 Wegen des kolossalen Erfolges Verlängerung bis 14. Dezember
Programm-Wechsel! 8610
 Besonders zu nennen:
Neu! Grosse urkomische Posse betitelt: Neu!
Eva im Paradies
Die Todesfahrt durch den ganzen Zirkus
 Grosses Amateur-Reiten von sehr bekannten hiesigen
 Herren. — Prämie 300 Mk. usw.
 Vorverkauf: Zigarrenhaus Pfeiffer, Marktplatz und ab 10 Uhr
 vormittags an der Zirkuskasse 1. Die Direktion.

Geschäfts-Empfehlung.
 Hiermit zur gefl. Mitteilung, dass ich das Geschäft
 von meinem verstorbenen Schwiegervater
B. Klotter
 Sattlerei nebst Lederwarengeschäft
 Kronenstrasse 25
 unter Heutigem übernommen habe und dass ich dasselbe
 unter der Firma
B. Klotter Nachf.
 Inh. Gottfried Dischinger
 in unveränderter Weise weiterführen werde. Indem ich
 mich in allen Sattlerarbeiten für hier und Umgebung
 bestens empfohlen halte, bitte ich das bisher geschenkte
 Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen und
 zeichnet ergebnst 8615
Gottfried Dischinger.

Daniels Konfektionshaus
 Telefon 1848 Wilhelmstr. 84, 1 Tr.
 Wintermäntel aus guten Flauschstoffen
 Plüsch-, Astrachan- und Tuch-Mäntel
 Rips- und Seidenmäntel
 Lodenmäntel, Sportjacken
 Jackenkleider, Röcke, Blusen
 Mantelkleider, Voilekleider
 Kindermäntel, Kinderkleider
 Pelze, Muffe, Plüschgarnituren
 Regenschirme. 8581
 Keine Ladenspesen. Billigste Preise.

Wand-Uhren
Taschen-Uhren
 in grosser Auswahl
 in Friedens-
 Ausführung
 neu eingetroffen
Oscar Kirsche
 Karlsruhe
 70 Kriegstrasse 70.

Praktisches
Weihnachts-Geschenk!
 Einen Posten weisse
Damenhemden
 mit Stickerei. 8550
 Lagerbesuch lohnend.
Arth. Baer
 Kaiserstr. 133, Eingang
 Kreuzstr., 1 Treppe hoch.

Wir sind Käufer
 für jedes Quantum
Welschkorn.
 Gefällige Offerten erbittet
 Städt. Landwirtschafts-
 amt Karlsruhe-Nüppur
Raffin-Aringen
 (Gillere), werden haarlos
 geschliffen, Std. 15 Bfg.
 Kaiserstr. 34, Laden. 8722

Kragen
-Wäscherei
Schorpp
 liefert in 8 Tagen
Stärke-Wäsche
 Annahmestellen:
 Karlsruhe:
 Ludwig-Wilhelmstr. 5,
 Kaiserstrasse 34 u. 243,
 Gerwigstrasse 46,
 Amalienstrasse 15,
 Waldstrasse 64,
 Wilhelmstrasse 32,
 Augustastrasse 18,
 Schillerstrasse 18,
 Kaiseralle 37,
 Gabelsbergerstrasse 1,
 Rheinstrasse 18.
 Durlach:
 Hauptstrasse 15.

Ich kaufe
 fortwährend zu höchsten
 Preisen, Kleider, Uni-
 formen, Schuhe u. Wäsche
 jeder Art. 8616
S. Ugelrad,
 Eisenweinstrasse 32.
 Sämtliche Sorten

Selle
 kauft zu höchsten Tages-
 preisen
M. Kleinberger,
 Karlsruhe
 Schwabenstr. 11. Tel. 835.
 Händler erhalten Vor-
 zugsweise und erbittet An-
 gebote. 7061

Lassen Sie Ihre alten
Herrenhüte
 waschen, modernisieren u. färben in der
Spezialwerkstätte
 für 8211
Herrenhüte
 Inh.: Karl Hort
Herrenstr. 15.

Bruchleidende
 bedürfen kein sie schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn
 sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß
 und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen
 Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens
 selbst vorstellbares
Universal-Bruchband
 tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem
 Leiden entzerrtend herstellbar ist.
 Mein Spez. Vertreter ist am Mittwoch, den 10. Dez.,
 morgens von 9-3 Uhr, in Karlsruhe, Gasthof
 zum Albtal (am Bahnhof), und Donnerstag, den
 11. Dezember, morgens von 9-3 Uhr, in
 Heidelberg, Hotel Reichshof, mit Muster vor-
 zehnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Feder-
 bänder neuesten Systems, in allen Preislagen, anwesend.
 Muster in Gummi, Gängeleib, Leib- und Mutter-
 vorfall-Banden, wie auch Geradhalter, Krampf-
 aderstrümpfe und Suspensorien stehen zur Verfügung.
 Neben fachgemäßer versicherte auch gleichzeitige streng
 diskrete Bedienung. 8588
 Hs. Steuer Sohn, Spezial-Paraplasten- und Orthopädie-
 fabrication, Konstantz i. Baden, Wessendbergstr. 17, Tel. 515

Vergrosserungen.
 in erstklassiger Ausführung, auch nach
 schlechten Vorlagen, liefert Ihnen
Samson & Co.
 Atelier für moderne Photographie.
 Kaiserpassage 7 Ruf 547.
 Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung. 8570

Rechtsanwaltsstelle d. Gewerkschaftsart.
 Die Sprechstunden der Rechtsanwaltsstelle finden jeden
 Mittwoch nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Wegen Geschäftsübergabe preiswerter Verkauf
 in
Kinderwagen
lappwagen
inderstühle
inermöbel
indepuppenwagen
Kinderwagen-Haus Jörg
 Amalienstrasse 59. 8441

Stenotypistinnen
 für sofort und später
gesucht.
 Es kommen nur nachweisbar erste
 Kräfte, die mindestens 180 Silben
 stenographieren und wirklich flott
 maschinenschreiben für die Posten in
 Frage. 7186
Städtisches Arbeitsamt.
 Weibliche Abteilung.
 Zähringerstrasse 100, Zimmer 11.

Häuser Pony
 mit und ohne Gefächte
 sowie Liegenstätten aller
 Art zu verkaufen durch das
 Liegenschaftsbüro
M. Busam,
 Karlsruhe, Herrenstr. 88.
 8722 Telefon 5530.
 8 Jahre alt, fehlerfrei und
 gut im Zug zu verkaufen.
 Ettlingen bei Durlach
 Hauptstr. 130.
Pferdepfeger,
Arbeiter,
Lehrmädchen,
Dienstmädchen.
 sucht zum Mitreisen 861
 Zirkus Henny, Wehlstr.
 Hauptstrasse 116. 8522